



# FÜR DAS

# WOHL

# ALLER

**SCHWERPUNKT KLIMASCHUTZ:  
GERECHT UND GEMEINSAM**

# Menschen, die 1,5 Grad interessierte, interessierte auch Obere 1 %



**Der Blick fürs Ganze  
Jeden Samstag**

taz Verlags- und Vertriebs GmbH, Friedrichstraße 21, 10969 Berlin

EDITORIAL

## Für ein gutes Klima



Wir übernehmen jeden Tag Regierungsverantwortung für dieses Land, im Bund und in den Ländern. Vieles haben wir bereits auf den Weg gebracht: Wir sind trotz aller Unkenrufe gut durch den Winter gekommen und sind maßgebliche Schritte beim Ausbau der Erneuerbaren gegangen, haben das Bürgergeld eingeführt, den Mindestlohn erhöht, das Wahlalter für die Europawahl auf 16 Jahre gesenkt und vieles mehr. Oft sind die Kompromisse der Bundesregierung natürlich nicht das grüne Wahlprogramm, sondern das, was mit zwei Koalitionspartnern in harten Verhandlungen erreicht wird. Aber es sind große Schritte in die richtige Richtung, die nur durch Grün möglich sind.

Das bedeutet auch: Es wird konkret für die Bürger\*innen. Wer politische Verantwortung ernst nimmt, muss die nötigen Veränderungen klar benennen und jene Menschen entlasten, die ihren Beitrag nicht alleine schultern können. Nur dann entsteht das gesellschaftliche Vertrauen, dass es gerecht zugeht und alle wirklich mit anpacken (Seite 11). Menschen sind für Veränderung bereit, wenn sie auf dem Weg mitgenommen und ihre Sorgen anerkannt werden, wenn ihnen Sicherheit geboten wird und sie die Chancen sehen können, die Veränderung mit sich bringt. Genau das wollen wir tun.

Durch die verbindliche kommunale Wärmeplanung und die Verpflichtung zum Umstieg auf einen hohen Anteil erneuerbarer Energie wird das Heizen in Deutschland langfristig bezahlbar bleiben und klimaschonend werden. Höhere Kosten entstehen dann, wenn der rechtzeitige Umstieg, wie in der Vergangenheit, politisch verhindert wird. Wir müssen den Wandel gestalten und dürfen ihn nicht einfach passieren lassen.

Verantwortung bedeutet auch, sich schwierigen Diskussionen zu stellen und – konstruktiv – Kompromisse zu finden, die für den gesellschaftlichen Zusammenhalt nötig sind. Wer Menschen Angst vor den notwendigen Veränderungen macht, treibt sie in die Arme von Populist\*innen.

Nach langen Jahren des Stillstands müssen wir in hohem Tempo unseren Wohlstand neu begründen: klimaneutral. Dafür müssen wir jetzt investieren (Seite 5), um gute grüne Jobs zu schaffen und unsere internationale Wettbewerbsfähigkeit zu sichern (Seite 17). Für unsere Lösungsansätze erhalten wir auch Rückenwind aus der Wirtschaft (Seite 8). Nutzen wir ihn.

In diesem Sinne: auf einen energiegeladenen Sommer!

Eure Emily

LEISTUNGSBILANZ  
WAS WIR GESCHAFFT HABEN

Eineinhalb Jahre Ampel, ein-  
einhalb Jahre Regieren inmitten  
multipler Krisen. Wir sind an-  
getreten, um Verantwortung zu  
schultern – gerade auch, wenn  
es schwierig wird. In den hitzigen  
Debatten der letzten Wochen  
ging vieles unter, was wir tatsäch-  
lich erreicht haben.

Deutschland steht im Juni 2023  
gut da: Gemessen an den  
erheblichen Herausforderungen der  
letzten Monate ist es uns –  
Gesellschaft, Wirtschaft und Poli-  
tik – gelungen, die Energie-  
versorgung sicherzustellen, die  
Wirtschaft durch den Winter  
zu bringen und den sozialen Zu-  
sammenhalt zu erhalten.  
Wir Grüne haben in der Ampel-  
Koalition jeden Tag dafür  
gekämpft, die anstehenden Verän-  
derungen ökologisch und  
sozial zu gestalten. Einiges dafür  
ist schon getan. Unsere  
Leistungsbilanz (in Auszügen)  
als Fotoserie, verteilt über  
diese Ausgabe.



DAS MAGAZIN DER GRÜNEN



# Wir müssen anders über Schulden nachdenken

Marcel Fratzscher, Ökonomieprofessor und Direktor des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung, fordert, dass der deutsche Staat noch viel stärker in den grünen Umbau investiert. Ein Gespräch über die faire Verteilung von Lasten – und das besondere Verhältnis der Deutschen zum Geld.

Die OECD hat am 8. Mai ihren Umweltprüfbericht veröffentlicht und Deutschland kein gutes Zeugnis ausgestellt. Sie moniert den Klimakurs, insbesondere was die Verkehrswende angeht. Was muss geschehen, um diese Mängel zu beheben? Es muss noch mehr privates und vor allem öffentliches Geld in die Hand genommen werden. Der Staat sollte, gerade beim ökologischen Umbau, mehr Verantwortung übernehmen. Es geht um Infrastruktur, Forschung und Entwicklung – zum Beispiel bei Ladesäulen für E-Autos, Stromtrassen und digitalen Netzen. Und natürlich muss auch die Verkehrswende in Richtung Schiene vorangetrieben werden. Es gibt viele Bereiche, in denen der deutsche Staat seit 20 Jahren von seiner Substanz gelebt und die anstehende Transformation komplett verschlafen hat. Jetzt sollten – wie in den USA – Milliardensummen in die Hand genommen werden. Wir müssen endlich begreifen, dass die ökologische Transformation primär eine Chance ist und keine Bedrohung.

Leider sehen das nicht alle so. Das neue Gebäudeenergiegesetz, nach dem ab 2024 beim Einbau neuer Heizungen konsequent auf erneuerbare Energien gesetzt werden soll, stand zuletzt unter Dauerbeschuss.

Es ist notwendig, dass wir die Energiewende in allen Bereichen erfolgreich gestalten und dass sämtliche Sektoren zu deutlichen Einsparungen bei den Emissionen beitragen. Gerade der Gebäudesektor ist nun einmal einer der Hauptverursacher. Insofern liegt darin eine große Verantwortung, und es ist gut, wenn wir den Umstieg von Gas und Öl zu Wärmepumpen und Fernwärme zügig voranbringen. Wichtig ist, dass flankierende Hilfen sehr zielgenau für Menschen mit geringen und mittleren Einkommen zur Verfügung

gestellt werden. Wir wissen, dass sich diese neuen Technologien langfristig rechnen. Auch finanziell. Es ist also richtig, jemandem, der sehr gut verdient, kein Geld zu geben, wenn er eine Wärmepumpe in sein Haus einbaut. Er sollte durch Beratung unterstützt, aber nicht subventioniert werden. Das knappe Geld muss denjenigen zugutekommen, die es wirklich brauchen.

Kann sich Deutschland eine steigende CO<sub>2</sub>-Bepreisung leisten? Konservative und rechte Kreise versuchen derzeit, Ängste in der Bevölkerung zu schüren, dass uns das unseren Wohlstand kostet. CO<sub>2</sub> teurer zu machen, ist grundsätzlich der absolut richtige Weg. Ich darf daran erinnern, dass wir in Deutschland immer noch CO<sub>2</sub> subventionieren. Und zwar durch Maßnahmen wie etwa das Dienstwagenprivileg, die Energiesteuerbefreiung von Kerosin oder die Mehrwertsteuerbefreiung von internationalen Flügen. Laut Internationalem Währungsfonds betragen die Förderungen etwa 60 Milliarden Euro jährlich. Das muss ein Ende haben. Aber auch bei der CO<sub>2</sub>-Bepreisung gilt: Menschen mit kleineren Einkommen brauchen Entlastungen. Die haben in den vergangenen 15 Monaten starke Einschnitte gesehen. Niedrigverdiener\*innen sind doppelt bis dreimal so stark von der Inflation betroffen wie andere. Ein Blanko-Preisdckel für alle ist hier das falsche Instrument – vielmehr sollte man Einnahmen aus der CO<sub>2</sub>-Steuer ganz gezielt an bedürftigere Menschen zurückgeben.

Viele Projekte werden derzeit mit Verweis auf die Finanzlage des Landes eingebremst. Sie vertreten in Ihrem Buch „Geld oder Leben“ die Meinung, dass es gerade jetzt eine vernünftige Maßnahme ist, Schulden zu machen.

Zunächst einmal müssen wir weg davon, über Schulden nur in finanziellen Dimensionen zu denken. Als Gesellschaft haben wir eine hohe Schuld aufgebaut, die von künftigen Generationen getragen werden muss. Es geht nicht nur um Geld, sondern darum, dass Lebensgrundlagen zerstört werden. Zweitens sollten wir nicht nur auf die Schulden schauen, sondern auch auf die Vermögen. Der deutsche Staat hat im internationalen Vergleich nur geringe Schulden aufgebaut.

„Wir müssen endlich begreifen, dass die ökologische Transformation primär eine Chance ist und keine Bedrohung.“

MARCEL FRATZSCHER



PROF. DR. MARCEL FRATZSCHER

Jahrgang 1971, war jahrelang für die Europäische Zentralbank in Frankfurt tätig. Seit 2013 ist er Präsident des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung. Er setzt sich für eine gerechtere Besteuerung, Chancengleichheit und größere Teilhabe ein. Er wurde mit zahlreichen Preisen ausgezeichnet und gilt als einer der einflussreichsten Wirtschaftswissenschaftler Deutschlands. Sein Buch „Geld oder Leben“ erschien 2022.

## ENERGIESCHUB FÜR DIE ERNEUERBAREN

Eine grüne Idee für die Welt: Im Jahr 2000 brachte die rot-grüne Bundesregierung das Erneuerbare-Energien-Gesetz auf den Weg. Es sicherte feste Vergütungen für Ökostrom – zum ersten Mal wurde gesetzlich verankert, dass dieser Vorrang haben sollte vor konventionell erzeugtem Strom. Ein Meilenstein für die Klimawende! In weltweit mehr als 100 Ländern wurde das EEG kopiert. Heute, 23 Jahre später, sind die Grünen erneut Teil der Bundesregierung – und die Ampel hat die größte Novelle des EEG seit seiner Einführung an den Start gebracht. Nun ist gesetzlich verankert, dass 100 Prozent des Stroms bis zum Jahr 2035 aus Erneuerbaren (im Bild: Bau einer Windkraftanlage) stammen sollen. Das bedeutet fast eine Verdopplung des Anteils innerhalb von weniger als einem Jahrzehnt. Dank des Gesetzes steigt die Vergütung für Solaranlagen, Bürgerenergiegesellschaften können unbürokratischer realisiert werden und bei der Windenergie können Kommunen besser finanziell beteiligt werden. Das beschleunigt nicht nur die Energiewende – sondern stärkt auch ihre Akzeptanz.

Bilder: Paul Langrock, DIW Berlin / B. Dietl



„Investitionen in Nachhaltigkeit verursachen erst einmal Schulden, aber langfristig werden sie auch Vermögen schützen und aufbauen.“

MARCEL FRATZSCHER

Unser Problem besteht darin, dass wir seit zwei Jahrzehnten von der Substanz leben. Die staatlichen Investitionen waren seit den 2000er-Jahren fast durchgängig geringer als der Wertverlust an der Infrastruktur. So sind viele unserer Schulen dringend renovierungsbedürftig, aber auch tausende Brücken marode. Und in diese Kostenrechnung sind die Zerstörung von Klima und Umwelt noch gar nicht eingeflossen. Investitionen in nachhaltige Technologien und nachhaltige Infrastruktur verursachen erst einmal Schulden, aber langfristig werden sie auch Vermögen schützen und auch aufbauen, weil Unternehmen auf diese Weise neue Technologien entwickeln und gute Jobs schaffen können. Dafür müssen wir deutlich stärker investieren als bisher.

**Sie kritisieren die Ihrer Meinung nach überzogene Begeisterung der Deutschen für das Sparen. Warum?** Sparen ist an sich genauso wenig gut wie das Schuldenmachen prinzipiell schlecht ist. Wenn Sie 100 Euro auf die hohe Kante legen, haben Sie ja zunächst einmal auf Wohlstand verzichtet. Sie hätten etwas damit anfangen können, was Ihnen Freude bereitet: ins Kino gehen beispielsweise oder jemanden unterstützen, der Ihnen am Herzen liegt. Ist es wirklich immer so klug, das Geld zurückzulegen? Sollte ich es nicht lieber ausgeben oder investieren? Schulden sind ja nicht schlecht, wenn Sie sich beispielsweise eine Immobilie damit kaufen, die im Wert steigen wird. Wenn der Staat heute 100 Millionen Euro in die Hand nimmt, um sie in Klimaschutz zu investieren, in Bildung oder neue Technologien, sind das gute Schulden, die sich langfristig in Wohlstand bezahlt machen werden.

**Sie erzählen in „Geld oder Leben“ davon, wie stark unser Denken von Kindesbeinen an auf Sparen getrimmt ist.** Man spricht von den Deutschen nicht umsonst als den Sparweltmeistern. Das hat auch historische Gründe. In Hamburg wurde 1778 die erste Bank gegründet, in der Bürger\*innen ihr Geld sparen konnten. Es gab vorher schon Bankhäuser. Diese waren aber Staaten und Unternehmen vorbehalten. Vermutlich hat diese Spartradition etwas mit der Kleinstaaterei in Deutschland zu tun. Man motivierte die Bürger\*innen auch deshalb zum Sparen, weil man mit diesem Geld Kriege finanzieren konnte. Das haben die Nazis später auf die Spitze getrieben. Wer nicht sparte, war kein Patriot. Das Sparen hatte meist auch eine Komponente der politischen Instrumentalisierung.

**Unsere Sparwut geht Ihrer Meinung nach außerdem mit einer großen Angst vor Inflation einher.**

Lassen Sie mich etwas ausholen. Es gibt kaum ein anderes Industrieland, in dem die privaten Ersparnisse ungleicher verteilt sind als in Deutschland. Ja, es wird viel gespart. Aber von wem? 40 Prozent der Deutschen haben praktisch gar keine Ersparnisse. Das ist dramatisch. Wir sollten unsere Wahrnehmung des deutschen Wohlstands dringend korrigieren. Auch die Art und Weise, wie wir hierzulande sparen, ist ungewöhnlich. Nicht einmal die Hälfte der Bürger\*innen besitzt eine Immobilie. In Südeuropa sind es zwischen 70 und 80 Prozent. Außerdem haben wir wenig Aktieneigentum. Gerade in der Mittelschicht wird hauptsächlich in Form von Versicherungen oder Einlagen auf den Banken gespart. Mit Aktien hätten Sie in den letzten Jahren zum Teil erhebliche Gewinne machen können. Ebenso mit Immobilien. Was auf dem Sparbuch liegt, schrumpft hingegen. Deshalb ist die Angst vor Inflation hierzulande höher als in anderen Gesellschaften.

**Dass die Schere so weit auseinander geht, birgt Gefahren für den sozialen Frieden...**

Natürlich. Jemandem, der Bürgergeld bekommt, können wir nicht sagen: „Leg doch mal was zurück.“ Das wäre zynisch und unrealistisch. Was kann man stattdessen tun? Die besten und nachhaltigsten Maßnahmen sind natürlich qualifizierte Arbeit und bessere Bezahlung. Wir haben

in Deutschland einen riesigen Niedriglohnbereich. Jede und jeder Fünfte ist davon betroffen: gerade in Minijobs und Teilzeitbeschäftigungen, in denen besonders viele Frauen stecken. Die Politik tut nach wie vor nicht genug, um diese Situation zu verändern.

**Insbesondere in Anbetracht der horrenden Mieten in unseren Großstädten.**

Das Thema Wohnen ist ein schwieriges Thema. Langfristig hilft nur, das Angebot zu erhöhen. Verdichtung und eine bessere Anbindung des Umlands wären wichtig. Das sind die einzigen Instrumente, die wirklich dauerhaft helfen. Zusammen mit einer Stärkung des sozialen Wohnungsbaus, der ja in den vergangenen 20 Jahren stark vernachlässigt wurde. Die Situation auf dem Wohnungsmarkt ist Gift für unsere Gesellschaft, weil Menschen in extreme Existenznöte geraten. Da entsteht eine Unzufriedenheit, die gefährlich ist für unseren Zusammenhalt. Und natürlich ist das keine gute Ausgangssituation, um die Menschen für Transformation und Klimaschutz zu gewinnen.

**Zu Beginn der Coronakrise wurde eine Gerechtigkeitsdebatte geführt, die nach wenigen Monaten wieder versandete. Wie wichtig ist es, dass wir diese Fragen an der Wurzel packen?**

Ich glaube, dieser Anstoß muss vor allem aus der Politik kommen. Ich verstehe ja, dass man erstmal akut die Krise bekämpfen musste, um Schlimmeres zu verhindern. Aber es ist höchste Zeit, den sozialen Ausgleich wieder auf die Agenda zu setzen. Nur dann kann auch der dringend benötigte ökologische Umbau gelingen.

Mehr Infos zum Gebäudeenergiegesetz und zu Unterstützungen beim Heizungstausch gibt es hier: [gruene.de/fairheizen](https://gruene.de/fairheizen)

Bild: Nathan Dumlao (Unsplash)



#### ZUSAMMENHALT IN DER KRISE

Eine Krise bewältigt man gemeinsam – niemand darf allein gelassen werden: Das war das Anliegen der Grünen und ihrer Koalitionspartner\*innen in der Ampel, als Putins Angriffskrieg auf die Ukraine begann und die Energiepreise in die Höhe schossen. In drei milliarden-schweren Entlastungspaketen und mit einem Abwehrschirm in Höhe von weiteren 200 Milliarden Euro wurden Haushalte und Familien ebenso entlastet wie kleine und mittlere Unternehmen und die Industrie. Damit nicht genug: Seit dem 1. Januar ist Hartz IV Geschichte – das neue Bürgergeld bringt für Bezieher\*innen höhere Regelsätze, mehr Weiterbildung und mehr Schutz fürs Ersparte. Zudem erhöhte die Ampel in einem ersten Schritt zur Kindergrundsicherung das Kindergeld auf 250 Euro pro Kind. Doch auch steigende Wohnkosten machen vielen Bürger\*innen zu schaffen. Mit dem Wohngeld-Plus-Gesetz sorgt die Koalition deshalb dafür, dass nun rund zwei Millionen Haushalte – statt bislang 600.000 – mehr Wohngeld erhalten können. Die Ausweitung kommt vor allem Mieter\*innen mit geringem Einkommen zugute. So steht Deutschland in der Krise zusammen.





## Rückenwind aus der Wirtschaft

Eine Gruppe von Führungspersönlichkeiten aus Unternehmen wollen Brücken bauen zur grünen Politik. Im April nahm die „Wirtschaftsvereinigung der Grünen“ ihre Arbeit auf. Mit welchen Zielen? Das erklären uns die Vorsitzenden Heike Discher und Tom Fischer.

**Wie wichtig war das Thema Klimaschutz für die Gründung der „Wirtschaftsvereinigung der Grünen“?**

**Thomas M. Fischer:** Es war der maßgebliche Antrieb. Wir sehen mit Schrecken, was da auf uns zukommt. Nicht nur als Unternehmer\*innen, sondern auch als Mütter und Väter. Zugleich sehen wir die Klimawende und Nachhaltigkeit als große Chance. Wir wollen mithelfen, Deutschland bis spätestens 2045 klimaneutral zu bekommen. Und am glaubwürdigsten und modernsten wird dieses Ziel unserer Ansicht nach von den Grünen vertreten.

**Heike Discher:** In der Wirtschaft beschäftigen wir uns schon sehr lange mit Klimaneutralität und stehen in einem Ideenaustausch. Nun haben sich Führungskräfte und eine Reihe Unternehmen zusammengeschlossen, um eine Brücke zur grünen Partei zu schlagen. Wir sind mehr als 50 Mitglieder und Unternehmen, und es werden täglich mehr.

**HEIKE DISCHER  
UND THOMAS M. FISCHER**

beide Jahrgang 1976. Discher ist Geschäftsführerin bei einem Großhandelsunternehmen und hat als Finanz und Logistikverantwortliche im In- und Ausland gearbeitet. Sie ist Mutter einer Tochter und lebt auf dem Land nahe Düsseldorf.

Fischer ist dreifacher Vater und lebt im Raum Köln. Er ist Gründer und Geschäftsführer einer mittelständischen Beratungsfirma, Aufsichtsrat eines großen Familienunternehmens und hat mehrere Firmen und Start-ups ins Leben gerufen, an denen er maßgeblich beteiligt ist.

**Sie sind aber keine Organisation innerhalb der Partei...**

**Fischer:** Die Grünen sind unser politisches Gegenüber, zugleich wahren wir als unabhängiger Verein Distanz. Wir wollen als Führungspersönlichkeiten aus der Wirtschaft mit der Partei in den Austausch gehen, damit beide Seiten voneinander lernen können. Wie viele in unserer Vereinigung bin ich selbst keineswegs grün sozialisiert worden. Aber in zahlreichen Diskussionen haben wir festgestellt, dass viele unter uns die Ziele der Grünen richtig und wichtig finden. Und zwar nicht nur in Klimafragen, sondern auch, was zum Beispiel Diversität betrifft.

**Was unterscheidet eure Wirtschaftsvereinigung von ähnlichen Organisationen im Umfeld anderer Parteien?**

**Discher:** Der Fokus auf Klimaneutralität und Nachhaltigkeit. Und wir sind im Stil verschieden. Unsere Mitglieder wollen ihre Expertise anbieten, nicht mehr und nicht weniger. Wir sind eingetragene Interessenvertreterin, aber bei uns soll es nicht um Eigeninteressen gehen, sondern um uns als Gesellschaft.

**Oft wird von DER Wirtschaft oder DER Industrie gesprochen als wäre das ein homogener Block. Dabei gehen die Meinungen und Werte ja auch bei Unternehmer\*innen weit auseinander.**

**Fischer:** In Deutschland haben wir einen sehr starken Mittelstand, eine große Vielfalt. Bei Familienunternehmen beispielsweise gehört das Denken in Gene-

rationen immer schon mit dazu. Und wer heute an seine Kinder und Enkel\*innen denkt, muss den Klimawandel ja fast zwangsläufig mitdenken.

**Discher:** Großunternehmen sind aber natürlich auch wichtig. Bei uns sind auch Weltmarktführer wie der Software-Konzern SAP dabei. Oder Salzgitter Stahl. Das zeigt schon: Wir sind keine Vereinigung grüner Unternehmen. Aber wir haben alle das Ziel der Klimaneutralität. Und die Politik soll dabei die richtigen Leitplanken setzen.

**Fischer:** Wir wollen keine großen Positionspapiere rauskloppen, lärmend Forderungen stellen und die Partei vor uns her treiben, sondern einen lösungsorientierten Dialog pflegen, der von wechselseitigem Verständnis und Vertrauen geprägt ist. Wir sehen ja auch, wie schwer es die Politik hat.

**Können Sie dabei helfen, die Passgenauigkeit von Lösungen zu erhöhen?**

**Discher:** Das ist unser Ziel. Manchmal funktioniert eine Maßnahme oder Regulierung, die auf dem Papier erstmal gut aussieht, in der Anwendung im Unternehmen leider nicht so richtig. Wir wollen ein Sparringspartner der Politik sein, indem wir helfen, Ideen so praxisnah zu gestalten, dass sie wirklich gut umsetzbar sind. Dafür brauchen wir einen vernünftigen Meinungsaustausch.

**Fischer:** Wir wollen konkret werden, Lösungen finden. Wir haben Expertise in solchen Fragen. Wie bekommt man die Hemmnisse weg? Wo hakt es in der Kette? Gibt

es konkurrierende Ziele? Kann man das Ganze eventuell digital beschleunigen? Unsere Stärke ist die Umsetzungsorientierung. Am Ende muss es ja klappen.

**Apropos Digitalisierung, da hat Deutschland ja noch einiges aufzuholen.**

**Fischer:** Ja, in vielen Unternehmen ist die digitale Transformation längst nicht abgeschlossen. Das Schöne ist, dass die Digitalisierung durch die Nachhaltigkeit einen zusätzlichen echten Sinn bekommt. Gerade während der Pandemie haben wir gesehen, dass der CO<sub>2</sub>-Fußabdruck mithilfe digitaler Lösungen deutlich reduziert werden kann. Da gibt es also noch ordentlich Raum für Verbesserungen.

**Auch in Sachen Gendergerechtigkeit hinkt Deutschland stark hinterher.**

**Discher:** Das ist für uns alle ein Thema. Wir spüren das etwa bei Mitarbeiter\*innen, die Probleme haben, aus der Elternzeit zurückzukommen, weil es keinen Kitaplatz gibt. Es ist hierzulande ja auch immer noch nicht üblich, dass eine Mutter wie ich als Geschäftsführerin unterwegs ist. Da ist man schnell die Rabenmutter.

**Müssen Firmen sich generell neu aufstellen, was die Organisationsformen und den Führungsstil angeht?**

**Fischer:** Unternehmen können es sich gar nicht mehr leisten, überholte Führungsmethoden zu pflegen. Die werden schlicht nicht überleben, weil sie keine guten Leute mehr kriegen. Die Generation, die jetzt

auf den Arbeitsmarkt kommt, hat ein anderes Wertebild. Vielen ist Karriere nicht mehr so wichtig, und viele wollen nicht einfach nur irgendwie Geld verdienen, sondern mit ihrer Arbeit auch etwas Sinnvolles für die Gesellschaft tun. Man muss heute viel stärker auf die einzelnen Menschen eingehen.

**Discher:** Wie wir Fachkräfte für die Unternehmen sichern können, diskutieren wir durchaus in der Wirtschaftsvereinigung. Und dabei geht es auch um so grüne Themen wie Gleichberechtigung, moderne Familienpolitik, Qualifikation benachteiligter Bevölkerungsgruppen und um Migration.

**Auf Augenhöhe kommunizieren, Empathie zeigen sind Themen der Stunde. In Unternehmen wie in der Politik...**

**Discher:** Es ist so wichtig zu erklären, wohin man will. Wenn nötig auch zehntausendmal. Die Menschen müssen in ihrer großen Verschiedenheit abgeholt werden. Und natürlich brauchen sowohl Unternehmen als auch Bürger\*innen Verlässlichkeit, Planungssicherheit.

**Fischer:** Genau. Wenn die Richtung klar ist, dann wird nachvollziehbarer, warum man auch mal unbequeme Entscheidungen treffen muss. Wir können als Führungskräfte wichtige Erfahrungen und vielleicht auch ein neues Verständnis von Unternehmertum beisteuern. Wir finden, es wird zu viel über „weg von“ gesprochen. Wir stehen für ein „hin zu“. Hin zu neuen Chancen.

ANZEIGE

## Karriere mit frischem Wind

[www.jobzukunft-wind.de](http://www.jobzukunft-wind.de)

## ENTDECKEN SIE GRÜNE JOBS IN DER WINDENERGIE!

**BWE**  
Bundesverband WindEnergie



Bild: iStock/CharlieCheswick



## DEMOKRATIE LEBEN – FÜR EIN VIELFÄLTIGES MITEINANDER

Demokratie ist kein Selbstläufer. Sie muss jeden Tag aktiv gelebt und verteidigt werden. Gerade in Zeiten der Krise, gerade in Zeiten, in denen sich vieles verändert. Was es dafür braucht? Engagierte Bürger\*innen, die sich für ein friedliches, vielfältiges Miteinander einsetzen – und Demokratiefeindlichkeit entgegenreten. Denn die hat viele Gesichter: Rassismus, Antisemitismus, Behinderten-, Homo- und Transfeindlichkeit sowie Sexismus sind nur einige davon. Deshalb hat die Ampel das Demokratiefördergesetz auf den Weg gebracht. Der Entwurf schafft erstmals einen gesetzlichen Auftrag des Bundes zur Stärkung der Demokratie. Projekte, die gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und Extremismus vorbeugen sowie Vielfalt und Teilhabe fördern, werden somit langfristig und nachhaltig ausgestattet. Unterstützt werden etwa pädagogische Formate gegen Hass im Netz, Angebote gegen Ausgrenzung in Ausbildung und Beruf oder Beratungsstellen zum Thema islamistischer Extremismus. Für Bundesfamilienministerin Lisa Paus ein dringend notwendiger Schritt: „Die engagierte Zivilgesellschaft“, sagte sie bei der Vorstellung des Entwurfs, „benötigt jede Unterstützung, die wir ihr geben können.“

Man könnte diesen Essay übers Vertrauen in einer Liebesbeziehung beginnen oder in einer WG-Küche. Dahin werden wir auch kommen. Denn um (fehlendes) Vertrauen geht es ja nicht nur im Großen, in Gesellschaften, gegenüber Institutionen oder der Politik. Vertrauen will ich auch meiner Geliebten: darauf, dass sie ehrlich ist mit mir und mich nicht willentlich verletzt. Oder dem Mitbewohner, dass er mitanpackt und auch mal abspült.

Um zu veranschaulichen, was passieren kann, wenn das mit dem Vertrauen gar nicht mehr funktioniert, fangen wir aber doch mal ganz oben an: in Davos.

Es war vor vier Jahren, als der niederländische Historiker Rutger Bregman auf dem Weltwirtschaftsforum eben diesen Zustand verglich mit einer Konferenz von Feuerwehrleuten, auf der sich keiner traut, übers Wasser zu sprechen. „1.500 Leute sind mit ihren Privjets hierher geflogen“, sagte er charmant lächelnd, „um zu hören, wie Sir David Attenborough schildert, wie wir den Planeten zugrunde richten.“ Alle redeten so schön daher, von „Gerechtigkeit“ und „Gleichheit“, so Bregman. Aber dauernd am eigentlichen Problem vorbei: der „Steuervermeidung“ und den „Reichen, die nicht ihren fairen Beitrag leisten.“

Offenbar hatte da jemand komplett das Vertrauen verloren. Das Vertrauen darauf, dass es in unseren Gesellschaften ehrlich und fair zugeht. Damit war Bregman nicht allein, seine Rede ging viral. Und deswegen müssen wir über Vertrauen sprechen und fragen, was es überhaupt ist. Wie es entsteht. Und wie es darum bestellt ist, in einer Gesellschaft, der es um Klimaschutz und soziale Gerechtigkeit zu gehen hat.

Mit dem Klimaschutz sei es ein bisschen wie mit dem Aufräumen und Putzen in einer WG-Küche, sagt der Politikwissenschaftler Jérémie Gagné: Eigentlich wollten alle, dass es sauberer wird. Aber weil jede und jeder meint, die anderen täten ja auch nichts dafür (also: den anderen misstraut), bleiben alle untätig. Die Wut steigt. Der Trotz auch. Und die Spüle füllt sich. Bis gar nix mehr geht. Ähnlich wie beim Klimaschutz.



## Der wichtigste Rohstoff für die Klimawende? Vertrauen!

Die meisten Menschen in Deutschland halten Klimaschutz für wichtig und notwendig. Warum also tun wir uns oft so schwer damit? Weil das Vertrauen fehlt. Das Vertrauen, dass es bei der Klimawende gerecht zugeht, dass alle mit anpacken – und am Ende auch alle profitieren. Doch mit den richtigen Weichenstellungen lässt sich dieses Vertrauen stärken.

Deshalb müsse man am Aufbau von gesellschaftlichem Vertrauen arbeiten, meinen Gagné und seine Mitstreiter\*innen von der NGO „More in Common“, die sich anhand von Umfragen und Analysen bemühen zu verstehen, welche Kräfte Gesellschaften auseinanderreiben oder zusammenhalten. Denn „der wichtigste Rohstoff für die Klimawende“ sei das gesellschaftliche Vertrauen.

Und darum ist es laut Umfragen nicht gut bestellt. Das schreibt auch der Philosoph Martin Hartmann in seinem Buch „Vertrauen, die unsichtbare Macht“: Jede Studie über Vertrauen fange seit Jahren mit der großen Krise an. So konstatierte die globale Kommunikationsagentur Edelman in ihrem „Trust Barometer“ 2023, in Deutschland sei das Vertrauen – wie in vielen anderen Ländern – auf dem absteigenden Ast. Ob Regierungen, Nichtregierungsorganisationen oder die Medien: Beinahe alle Institutionen litten unter einem Vertrauensschwund. Hartmann sagt: „Alle wollen Vertrauen – aber niemand will vertrauen.“

Bei „More in Common“ sprechen sie, den Klimaschutz betreffend, von einer „doppelten Vertrauenskrise“. Einerseits nämlich, sagt Gagné, misstrauten viele Menschen der Politik und ihren zentralen Institutionen. Andererseits hielten sich die Bürger\*innen gegenseitig häufig für egoistisch: Sieben von zehn Befragten meinten im Frühjahr 2022, dass sich die Menschen hierzulande in erster Linie um sich selbst kümmerten anstatt umeinander. Breite Mehrheiten – zwischen 58 und 70 Prozent der Bevölkerung – fänden, dass Politik, Unternehmen und Mitmenschen nicht genug für den Klimaschutz tun würden.

Kommt dann noch der Eindruck hinzu, dass auch in globalen Zusammenhängen die Klimaschutzanstrengungen scheitern, befördert das die Resignation. Viele Menschen fühlten sich mit dem Klimaschutz allein gelassen und überfordert. „Sie stehen im Supermarkt“, sagt Gagné, „und wissen nicht, was sie jetzt tun sollen.“ Das erkläre, warum es in Klimafragen häufig zu erbitterten Grabenkämpfen und persönlichen Schuldzuweisungen komme.

Gagné bezeichnet das in Anlehnung an die WG-Küchen-Lähmung als „gigantisches Kooperationsdilemma“: Wenn die nichts tut, warum soll ich dann was tun? Wenn der nicht zahlt, warum dann ich? Wenn die in ihrem SUV/ihren Fliegern/ihren Fünfstimmerwohnungen bleiben, warum soll ich dann auf meine Wurst/mein Auto/meinen Mallorca-Urlaub verzichten?

Bilder: Ronny Behnert (AdobeStock), ink drop (AdobeStock)



grüne SACHWERTE

ökologische Geldanlagen

Grüne Geldanlagen

Ab 1.000 Euro digital  
in neue Solarparks investieren!

Ihr Partner für ökologische Geldanlagen

Investieren Sie jetzt in die Energiewende!

✓ Wirtschaftlich attraktiv ✓ Ökologisch sinnvoll

Infos: T. 0421 - 59 64 79 60 • [www.gruene-sachwerte.de](http://www.gruene-sachwerte.de)

MOBILITÄT

Ausgabe 3 | 2023

Das Deutschlandticket ist da – wie gehts weiter mit dem ÖPNV, was gibts Neues zur Finanzierung? Funktioniert Carsharing auf dem Land? Was braucht der Rad- oder der gewerbliche Verkehr? Dies und noch viel mehr im neuen Heft der AKP.

Mehr Infos

[www.akp-redaktion.de](http://www.akp-redaktion.de)

Alternative Kommunal Politik

Heft 3 | 2023

13 Euro

1.70 Euro

66 Euro

MOBILITÄT

AKP

Einzelpreis: 13 Euro

plus Versandkosten 1,70 Euro

Abopreis (6 Ausgaben): 66 Euro

Alternative Kommunalpolitik (AKP) e.V.

Luisenstr. 40 | 33602 Bielefeld | [akp@akp-redaktion.de](mailto:akp@akp-redaktion.de)

Allerdings stellt „More in Common“ einen eklatanten Unterschied zwischen verschiedenen Segmenten der Bevölkerung fest: Während bis zu 70 Prozent der „besser eingebundenen Bevölkerungsteile“ meinen, dass „die Klimabewegung das Wohl der gesamten Gesellschaft im Blick hat“, sind nur 40 Prozent des Segments der „Enttäuschten“ dieser Ansicht. Diese gehören laut der NGO zum „Unsichtbaren Drittel“ – also jenen Gruppen von Menschen in Deutschland, die in zentralen gesellschaftlichen Debatten bislang nicht ausreichend vorkommen. Über die Hälfte der Nichtwähler\*innen sind in dieser Gruppe zu finden.

Der Politikwissenschaftler Gagné hält es deshalb für entscheidend, das gesellschaftliche Vertrauen zu stärken, indem die Politik den Menschen aktiv zuhört – und für alle verbindliche Maßnahmen und Regeln festlegt. So würde jede und jeder Einzelne entlastet und könne darauf vertrauen, dass auch die anderen mitgemeint sind.

Gagné macht darüber hinaus Vorschläge für eine aktive Vertrauensarbeit in Sachen Klimaschutz: Es könnten Allianzen mit „Alltagshelden“ wie Landwirt\*innen oder Persönlichkeiten aus Sportvereinen oder Wohlfahrtsverbänden geschmiedet werden, denn deren Glaubwürdigkeit, das Gemeinwohl betreffend, ist groß. Und es sollten kulturelle Konflikte vermieden werden, die verschiedene Lebensstile gegeneinander ausspielen, à la: Thüringer Bratwurstesserin vs. Berliner Vielflieger – wer soll zuerst verzichten? Statt solch destruktiver Debatten sollten wir uns kollektiven Lösungsansätzen zuwenden und so ein verbindliches „Wir“ stärken.

Wir alle, und besonders die Entscheidungsträger\*innen, müssten zudem lernen, anderen auf Augenhöhe zu begegnen, so Gagné; denn die Forschung von „More in Common“ hätte gezeigt, dass man „mit allen, wohlgeachtet: allen Bevölkerungsanteilen absolut konstruktiv über Klimafragen reden kann“ – wenn sich die Menschen gehört fühlen. Wichtig sei es außerdem, positive Bilder von der Klimawende zu entwerfen. Statt nur über Verlust und Verzicht zu sprechen, solle man genauso aufzuzeigen, wie Klimaschutz schon heute unsere Gesellschaft bereichern kann (s. auch Interview Seite 21) – und das in einer verständlichen Sprache und nicht in technischen Begriffen wie „Transformation“.

Dass man klimatisch ein Wir-Gefühl herstellen soll und kann, propagieren auch die „Psychologists for Future“, eine Initiative von Psycholog\*innen, die „Fridays for Future“ unterstützt. „Wir wissen aus der Forschung“, gibt deren Mit-Initiatorin, die Psychotherapeutin Lea Dohm, zu bedenken, „dass die Politik mitunter die Bürger\*innen unterschätzt, also dass sie uns weniger zutrauen, als wir bereit sind mitzutragen.“

Womit wir bei der Frage wären, die auch der Philosoph Martin Hartmann aufwirft: Wer vertraut wem (zu wenig)? Das Volk der Regierung? Oder umgekehrt: die Politik den Wähler\*innen? Denn die sind in vielerlei Hinsicht weiter bzw. bereiter, als manche „da oben“ meinen: Zwei Drittel von uns wollen, dass für den Klimaschutz mehr getan wird. Nur wollen wir eben, dass es dabei gerecht zugeht. Und wir wollen über Maßnahmen und

Regeln gut informiert werden. Misstrauisch werden wir, wenn Politiker\*innen sich mantraartig selbst bezichtigen, ihre Errungenschaften und ihre Vorhaben im Sinne sozialer Gerechtigkeit nicht gut genug „kommuniziert“ zu haben. (Wir sind hier in einer Demokratie. Und nicht in einer Paartherapie. Oder ist das das Gleiche?)

Also sagt die Psychologin for Future Lea Dohm: „Wir brauchen die Politik als Impulsgeber.“ Damit Regeln für alle gelten, ohne Ausnahme.

Ebenso fordert der Politikwissenschaftler Jérémie Gagné für mehr gesellschaftliches Vertrauen: Beitragsgerechtigkeit, „besonders im Hinblick auf die großen Akteure“. Viele Menschen hätten den Eindruck, dass man den Kleinen in puncto Klimaschutz viel abverlange, während die Großen keinen angemessenen Beitrag leisten. Erhebungen von „More in Common“ zeigen, dass 71 Prozent der Deutschen glauben, das System sei zugunsten der „Wohlhabenden und Einflussreichen“ verzerrt. Ebenfalls 71 Prozent erwarten von der Politik „einen umfassenden Plan,

der zügig umgesetzt werden soll“. Und die Menschen wollen „einen gesellschaftlichen Rahmen, der mehr Klarheit gibt“: 66 Prozent der Befragten sprachen sich sogar für mehr Vorschriften und Regeln aus – „damit jeder von uns genug für den Klimaschutz macht“.

Und der Philosoph Martin Hartmann sagt, vermutlich gehe es beim Thema Klimaschutz gar nicht so sehr um Vertrauen. Sondern um Gewohnheiten.

Damit meint er auch die Gewohnheit, immer mehr Wachstum zu erwarten. „Auf dieses System“, sagt er, „würde ich nicht mehr vertrauen.“ Und dass wir uns vermutlich zutrauen müssten, „auf den Wachstumsimperativ zu verzichten“. Das wollen aber – auch wenn Vertrauen mit Ehrlichkeit zu tun hat – bestimmt mehr als Zweidrittel von uns nicht mal hören. Geschweige denn denken. Oder danach handeln.

Also noch mal zurück nach Davos. Wohin Rutger Bregman nicht mehr eingeladen wurde. Obwohl viele das Gleiche sagen wie er. Der Wirtschaftswissenschaftler

Marcel Fratzscher zum Beispiel (s. auch Interview Seite 5): „Lesen Sie mal Thomas Piketty, Emmanuel Saez oder den Nobelpreisträger Joe Stiglitz zum Thema Ungleichheit“, sagte er in einem Interview vor zwei Jahren, „die leiten aus ihren Forschungen Empfehlungen für die Politik ab, die hierzulande lange auf breite Ablehnung gestoßen sind: Sie wollen die Steuern für Menschen mit mittleren Einkommen reduzieren und dafür Vermögen besteuern, sie wollen bessere Bildungschancen schaffen und unterstützen Mindestlöhne von 15 Dollar.“

Also ran an die Buletten. Denn alles Gehoffte, Gewünschte und Gerede vom Vertrauen (müssen und sollen) ist hohl – so lange Worten, Appellen, Sonntagsreden und Scheindebatten keine Taten folgen. Fakten schaffen Vertrauen. Ehrlichkeit bewirkt Vertrauen. Fairness lässt vertrauen. Ganz einfach. Denn mit dem Vertrauen ist es wie mit der Liebe. Es geht nicht nur um schöne Worte. Wir müssen sie auch zu spüren bekommen.

EnBW

Wir laden Deutschland

Willkommen im EnBW HyperNetz.

[enbw.com/WirLadenDeutschland](http://enbw.com/WirLadenDeutschland)

connect

TESTSIEGER

ELEKTROMOBILITÄTS-ANBIETER

EnBW mobility+

Heft 11/2022

TESTSIEGER 2022

BESTE ANBEWERTUNG

Auto Bild

EnBW mobility+

Unabhängiger Anbieter DACH

Heft 22/2022



# Sozial gerechter Klimaschutz ...

Klimaschutz müssen wir immer auch durch die sozialpolitische Brille betrachten. Für Sachsen bedeutet die Klimatransformation nicht den ersten tiefgreifenden Strukturwandel. Ich denke hier an die grundlegenden Veränderungen der sächsischen Industrielandschaft nach der Wiedervereinigung, zum Beispiel auch an den Niedergang der Textilindustrie in Westsachsen in den 1990er-Jahren. Vor diesem Hintergrund ist es entscheidend, Fehler, die damals gemacht wurden, nicht zu wiederholen. Die Bürger\*innen sollen den Strukturwandel und den Ausbau der Erneuerbaren vor Ort aktiv mitgestalten können. Sie sollen von den Projekten und Investitionen profitieren und eigene Initiativen auf den Weg bringen können.

Bürgerbeteiligung ist für mich der Schlüssel dafür, dass die ökologische Transformation gelingt und auch langfristig als sozial gerecht empfunden wird. Diese Form der demokratischen Willensbildung ist zentraler Auftrag meines Hauses – übrigens das erste Ministerium deutschlandweit, das explizit auch für Demokratie zuständig ist. Es ist unsere Aufgabe, die demokratischen Verfahren zu nutzen, um den gesellschaftlichen Diskurs zu führen. Wie die Klimakrise im Einzelnen bewältigt werden kann, muss auch unter Einbeziehung der Bürger\*innen dezentral in den Kommunen erarbeitet werden. Nur so kann weitgehende Akzeptanz entstehen. Akzeptanz und der daraus resultierende Rückhalt in der Bevölkerung sind die Basis für einen demokratisch organisierten Transformationsprozess.

Die Herausforderung ist groß und die Zeit drängt. Aber ich sehe uns auf einem guten Weg. Während der Pandemie haben wir zum Beispiel ein Netzwerk für Bürgerbeteiligung auf die Beine gestellt. Das Interesse war riesengroß. Inzwischen haben sich hier auf unsere Initiative hin 150 Kommunen, aber auch Vereine und Verbände der Zivilgesellschaft vernetzt. Gerade in Gebieten wie der Lausitz, wo es durch den Ausstieg aus der Kohleförderung große Verwerfungen gibt, ist das



KATJA MEIER

43, ist seit Ende 2019 Ministerin der Justiz und für Demokratie, Europa und Gleichstellung in der schwarz-grün-roten Koalition in Sachsen. Die gebürtige Zwickauerin wurde 2015 erstmalig in den Landtag gewählt und möchte bei der Landtagswahl 2024 erneut als Spitzenkandidatin antreten.

„Bürgerbeteiligung ist für mich der Schlüssel dafür, dass die ökologische Transformation gelingt und auch langfristig als sozial gerecht empfunden wird. Nur so kann weitgehende Akzeptanz entstehen.“

enorm wichtig. Zusätzlich zu den Bundesmitteln, die in die Fort- und Weiterbildung der Menschen in den Kohleregionen fließen, fördern auch wir als Land viele lokale und regionale Projekte für Bürgerbeteiligung. Denn eine lebenswerte Region zeichnet sich ja nicht nur durch Jobs aus. Es geht auch um Mobilität und – ganz wichtig – ein intaktes soziales Umfeld. Menschen kommen dorthin und bleiben, wo sie sich willkommen fühlen, wo sie sich mit anderen austauschen und einbringen können – und am Ende auch auf Ergebnisse verweisen können.

Um das soziale Umfeld in den Gemeinden zu stärken, haben wir etwa das Programm „Orte der Demokratie“ ins Leben gerufen. Hier in Sachsen sind seit den 1990er-Jahren viele Räume für Gemeinschaft wie Jugendzentren oder Dorfkneipen einfach weggefallen. Das wollen wir mit diesem Programm ändern und wieder mehr Gemeinschaft herstellen. Gemeinden oder auch zivilgesellschaftliche Träger können sich bei uns mit ihren Ideen bewerben. Wir unterstützen die Umsetzung dann finanziell. Geld ist aber nur ein Aspekt. Oft fehlt es in den Kommunen auch an Erfahrung, wie Bürgerbeteiligung organisiert werden kann. Deshalb haben wir unter anderem die Gründung einer Forschungsstelle für Demokratiedidaktik an der TU Dresden unterstützt, die neue Methoden entwickelt, um Lust auf demokratische Praxis zu machen.

Demokratieförderung als Baustein für eine sozial gerechte ökologische Transformation ist eine Aufgabe, die alle Ressorts der Landesregierung betrifft. Deshalb ist Austausch wichtig. In der „Taskforce Erneuerbare Energien“ zum Beispiel diskutieren wir ressortübergreifend, wie wir Beteiligungsprozesse gestalten. Ich bin mir sicher: Wenn wir die Bürger\*innen aktiv einbeziehen und dabei offen und ehrlich sind, kann im Verlauf der Transformation das Vertrauen in die Demokratie gestärkt werden. Das ist eine große Chance für unser Land.

Bildvorlage Illustrationen: Marlen Mieth, Linda Hammer

# ... wie klappt das auf Länderebene?

Die Klimakrise trifft und betrifft alle Menschen, aber nicht alle Menschen gleichermaßen. Denn Menschen mit mehr Ressourcen können sich an die Herausforderungen der Klimakrise besser anpassen. Die Klimakrise verstärkt also soziale Ungleichheit. Hier müssen wir aktiv gegensteuern, damit Klimaschutz sozial gerecht gestaltet werden kann. Eine zentrale Rolle spielt dabei die soziale Infrastruktur, die vor allem für Menschen mit weniger Ressourcen in Krisenzeiten sehr wichtig ist.

In den großen Städten des Ruhrgebiets haben wir eine sehr hohe Quote von jungen Menschen, die von Armut betroffen sind. Auch deshalb brauchen wir eine starke soziale Infrastruktur, die insbesondere Kindern, Jugendlichen und Familien helfen kann. Diese Infrastruktur steht zweifellos vor großen Herausforderungen. Ein Mangel an Fachkräften – gerade auch bei der frühkindlichen Betreuung – und steigende Kosten belasten viele Träger, Mitarbeitende und Eltern. Neben langfristigen Strategien helfen wir auf Landesebene auch mit kurzfristigen Schritten: So haben wir im vergangenen Jahr durch ein Sondervermögen Kitas und Kindertagespflegen mit Energiekostenzuschüsse finanziell unterstützt.

Die frühkindliche Bildung in der Kita ist für mich der Ausgangspunkt für eine sozial gerechtere Gesellschaft. Schließlich sind die Kinder von heute diejenigen, die nach der Transformation in Nordrhein-Westfalen hoffentlich gerne leben und arbeiten werden. Klimaschutz und nachhaltige Entwicklung sollten folglich auch in der Kita schon eine Rolle spielen. In Projekten wie der „Klima-Kita“ sollen Kindern, ihren Familien und auch Erzieher\*innen Themen wie Artenschutz, Artenvielfalt und Stromerzeugung spielerisch nähergebracht werden. Die Transformation und ihre Herausforderungen müssen auch für Kinder verständlich und erlebbar sein – schließlich betrifft das ihre eigene Zukunft ganz unmittelbar. Die Generationengerech-



JOSEFINE PAUL

41, ist Ministerin für Kinder, Jugendliche, Familie, Gleichstellung, Flucht und Integration in der schwarz-grünen Landesregierung in Nordrhein-Westfalen. Sie ist seit 2010 Mitglied des Landtags.

„Frühkindliche Bildung ist der Ausgangspunkt für eine sozial gerechtere Gesellschaft. Die ökologische Transformation muss für alle gute und faire Zukunftschancen ermöglichen.“

tigkeit ist deshalb auch ein wichtiger Baustein, wenn es um soziale Aspekte des Klimaschutzes geht.

Die Stimme von Kindern und Jugendlichen wird im Transformationsprozess bislang nicht in dem Maße gehört, wie es angebracht wäre. Um sicherzustellen, dass ihre Sichtweise und Bedürfnisse einfließen können, braucht es neue Strukturen auf politischer Ebene. Wir bringen deshalb derzeit den „Aktionsplan Jugendbeteiligung“ auf den Weg, um Forderungen von Jugendlichen – gerade auch mit weniger sozioökonomischen Ressourcen – stärker in den politischen Entscheidungsprozess einzubeziehen. Und wir haben im Koalitionsvertrag festgeschrieben, das Wahlalter in NRW auf 16 Jahre abzusenken.

Sozioökonomische Unterschiede beeinflussen ganz direkt die Zukunftschancen von Kindern und Jugendlichen. Um diese Unterschiede gerade in einem Land mit einer sehr diversen und dichten Bevölkerung zu verkleinern, braucht es mehr Geld und Flexibilität. Nicht nur grüne Technologien müssen schneller einsetzbar sein, auch im sozialen Bereich sollen Prozesse schlanker, die Verwaltung entlastet und neue Ressourcen geschaffen werden. Wir brauchen außerdem mehr engagierte Köpfe im sozialen Bereich und in den Erziehungsberufen. Die Berufe müssen attraktiv sein und fair entlohnt werden. Auch die Einwanderung von Fachkräften wollen wir erleichtern. In NRW gibt es deshalb schon eine zentrale Fachstelle, die Betrieben und Bewerber\*innen hilft, schneller ein Aufenthaltsvisum zu bekommen.

NRW soll der erste klimaneutrale Industriestandort in Europa werden. Aber dazu gehört neben grünen Technologien eben auch die Förderung und Stärkung aller Köpfe – und vor allem auch aller Kinder. Die ökologische Transformation muss gute und faire Zukunftschancen ermöglichen – unabhängig von Kontostand und Herkunft.



## LOHNERHÖHUNG FÜR FAST SECHS MILLIONEN ARBEITNEHMER\*INNEN

Alle Beschäftigten müssen von ihrer Arbeit leben können und haben anständige Löhne verdient. Für die Delegierten der Grünen war es eine grundlegende Frage der Gerechtigkeit, als sie im Jahr 2021 die Erhöhung des gesetzlichen Mindestlohns auf 12 Euro ins Wahlprogramm aufnahmen. Seit 1. Oktober 2022 ist die Anhebung Realität – und fast sechs Millionen Menschen in Deutschland profitieren davon. Der höhere Mindestlohn kommt insbesondere Frauen und Menschen in Ostdeutschland zugute, die häufiger von prekären Arbeitsverhältnissen und niedrigen Löhnen betroffen sind. Auch der Mindestlohn für Beschäftigte in der Pflege ist angehoben worden: für Pflegefachkräfte auf 17,65 Euro im Mai 2023. Für die Grünen bedeuten die Erhöhungen vor allem eines: Respekt vor der Leistung der Arbeitnehmer\*innen in diesem Land.

# Mut, Voraussicht und Standhaftigkeit sind entscheidend

Die Klimawende ist der Jobmotor der Zukunft – weltweit wird sie Millionen grüner Jobs schaffen, schätzen Expert\*innen. Doch wie stellen wir sicher, dass ein entscheidender und fairer Anteil dieser Arbeitsplätze in Deutschland entsteht – und wie gestalten wir die grüne Jobwende sozial gerecht? Das wollten wir von der Energieökonomin Professorin Claudia Kemfert wissen.

### Frau Professorin Kemfert, welche grünen Jobs könnte es in zehn Jahren geben, die wir heute noch nicht haben?

Zum einen werden es natürlich Jobs sein, die mit der Energiewende-Wirtschaft, nachhaltiger Mobilität sowie dem Umwelt- und Klimaschutz zu tun haben – sofern die vereinbarten politischen Ziele weiterverfolgt und nicht wieder ausgebremst werden. Zum anderen wird es aber auch Jobs geben, die wir uns heute noch nicht vorstellen können. Beispielsweise kann der Einsatz künstlicher Intelligenz in nahezu allen Bereichen weitreichende Veränderungen mit sich bringen. Neue Jobs, die wir heute nicht haben, werden – leider – auch solche sein, die mit den negativen Auswirkungen des fortschreitenden Klimawandels umgehen müssen, zum Beispiel Dienstleister\*innen, die eine knapper werdende Wasserversorgung managen und Waldbränden vorbeugen. Oder es werden Städte und Gebäude umgebaut werden müssen, damit sie nicht nur energiesparsam sind, sondern auch in heißen Zeiten kühlen können.

Die Greenpeace-Metastudie „Jobmotor Klimaschutz“ hat ergeben, dass bis 2030 circa 275.000 Klima-Jobs in Deutschland entstehen könnten.

„Deutschland hat prinzipiell gute Voraussetzungen für das grüne Jobwunder.“

CLAUDIA KEMFERT



PROF. DR.  
CLAUDIA  
KEMFERT

leitet die Abteilung „Energie, Verkehr, Umwelt“ am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung und ist Professorin für Energiewirtschaft und Energiepolitik an der Leuphana Universität Lüneburg. Als Expertin berät sie vielfach die Politik – aktuell unter anderem als Co-Vorsitzende des Sachverständigenrats für Umweltfragen. Im Rahmen der High Level Group on Energy and Climate beriet sie EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso.

### Im optimistischsten Szenario waren es sogar 1,2 Millionen Jobs, im vorsichtigsten nur 30.000. Was ist Ihrer Meinung nach realistisch?

Wir haben in den letzten 15 Jahren zahlreiche Studien erstellt, in denen wir Jobeffekte durch Klimaschutz und Energiewende abgeschätzt haben, die Bandbreite bewegte sich in einer ähnlichen Größenordnung. Durch das Ausbremsen der Energiewende und der Klimaschutzmaßnahmen in den letzten 15 Jahren wurden viele Job-Potenziale jedoch nicht genutzt. Es wurde zugelassen, dass ganze Industriezweige mit mehr als 150.000 neuen Jobs – wie die Solar- oder Windenergieproduktion – abgewandert sind. So lassen sich auch die von Ihnen erwähnten Schwankungen in den Szenarien erklären. Der Jobmarkt kann sich ganz unterschiedlich entwickeln – abhängig davon, wie ernsthaft die politischen Ziele verfolgt werden, ob und wie lange uns fossile Energiekriege in Atem halten, wie sich die weltweite wirtschaftliche Lage entwickelt und ob die deutsche Wirtschaft zögerlich, bremsend oder vorausschauend handelt. Entscheidend sind zwei Dinge: der politische Wille und die Voraussicht der Wirtschaft.

### Wie gut ist Deutschland aktuell für die grüne Jobwende aufgestellt?

Obwohl Deutschland vor über 15 Jahren mal führend in Sachen Klimawende war, blieben Chancen ungenutzt. Wir haben Wettbewerbsvorteile verloren, mittlerweile sind viele Länder an uns vorbeigezogen. Die USA investieren kräftig in die grüne Wirtschaft, China ebenso. Deutschland muss und kann aber aufholen. Die Autobranche versucht, den Anschluss nicht zu verlieren. Die Energiewirtschaft vollzieht derzeit ebenso einen Wandel wie Hersteller von Heizungsanlagen. Die Industrie hat noch einen längeren Weg vor sich und hat zu lange auf vermeintlich „billige“ fossile Energie gesetzt. Wichtig sind nun die politischen Rahmenbedingungen, die Planungssicherheit für Wirtschaft und Gesellschaft geben müssen. Dies bedeutet, dass neben direkten finanziellen Förderungen vor allem die mittelfristigen Leitplanken festgelegt und nicht ständig in Frage gestellt werden.

Nachdem BMW verkündet hatte, in South Carolina eine E-Auto-Fabrik zu bauen, sagte sogar der erzkonservative Senator Lindsey Graham, er werde den Bundesstaat zum „Detroit der Batterien“ machen. Wie erreicht man in Deutschland, dass sich alle am grünen Jobwunder beteiligen?

Auch wenn Deutschland zuletzt Vorteile verspielt hat, so hat das Land immer noch prinzipiell gute Voraussetzungen für das grüne Jobwunder. Vor allem attraktive wirtschaftliche Bedingungen sind bedeutsam. Schon heute zeigt sich, dass ein hoher Anteil an erneuerbaren Energien für die Standortwahl von Unternehmen wichtig ist, wie man an Entscheidungen von E-Auto-Herstellern oder in der Batterie- oder Chip-



fertigung sehen kann. Erneuerbare Energien sichern niedrige Energiepreise. Besonders zentral sind darüber hinaus eine umfassende Digitalisierung, ausgebaute Infrastruktur, Know-how und Innovationen – aber vor allem stabile politische Rahmenbedingungen und gesunde und demokratische Verhältnisse sowie soziale Zufriedenheit. Wichtig sind auch schlanke Genehmigungsverfahren und möglichst wenig Bürokratie.

#### Was passiert in anderen Ländern, was wir uns zum Vorbild nehmen können?

Andere Länder haben längst erkannt, dass eine zukunftsfähige Wirtschaft durch emissionsfreie Technologien, gut ausgebildete Fachkräfte und eine umfassende Digitalisierung gekennzeichnet ist. Mut, Voraussicht und Standhaftigkeit sind entscheidend. China wird im Bereich E-Fahrzeuge führend, das konservative Texas wird zum größten Windenergieproduzenten, weil sie innovativ und geschäftstüchtig sind. Ich erinnere mich an Begegnungen mit deutschen Autobauern von vor über 15 Jahren, die allein bei dem Wort E-Auto in Gelächter oder komplette Ablehnung verfallen sind. Diese Arroganz hat uns ins wirtschaftliche Abseits geführt. Genauso wie die deutsche fossile Energiewirtschaft. Deutsche Unternehmen müssen endlich umsteuern, weniger risikoavers, dafür zukunftsfreudiger, weniger fossilabhängig, dafür innovativer und diverser werden.

#### 2021 nahm sich Joe Biden vor, einen „Civilian Climate Corps“ ins Leben zu rufen, als Investition in Umwelt, Wirtschaft und Jugend zugleich. Würden Sie sich ähnliche Initiativen auch für Deutschland wünschen?

Schon heute herrscht in Deutschland ein ausgeprägter Fachkräftemangel, der sich weiter verschärfen wird, wenn jede Menge Energiewende-, Klima- und Umwelt-Jobs entstehen. Daher wären in der Tat Initiativen begrüßenswert, die neue Beschäftigte in diese Tätigkeitsfelder locken. Man sollte sich aber nicht nur auf die Jugend beschränken. Es werden alle Altersklassen benötigt. Ein „dezentrales Klimajobprogramm“ von und für die Gesellschaft wäre hilfreich.

#### Wie sollte sich die Ausbildungswelt in Bezug auf Klima-Jobs aufstellen?

Technische Klima-Jobs benötigen attrak-

„Alle werden überall benötigt! Nahezu alle Jobs werden im weitesten Sinne Klima-Jobs sein.“

CLAUDIA KEMFERT

tive Ausbildungsprogramme. Das sollte in den Schulen beginnen, indem ein Schulfach zu Umwelt- und Klimaschutz in den Lehrplan aufgenommen wird, ähnlich wie in Italien oder Finnland. Auch die Ausbildungs- und Umschulungsprogramme in den Hochschulen oder IHKS sind elementar.

#### Sind Klima-Jobs vor allem Jobs für Akademiker\*innen?

Ein Mythos von vielen. Klima-Jobs umfassen nahezu alle Bereiche. Die klassischen Umweltschutzberufe sind nach wie vor sehr relevant, hinzukommen werden erneuerbare Energien, Energie-Dienstleistungen, Öko-Landbau, Recycling, Baubranche, Finanzsektor, „Öko-Tourismus“ sowie Aus- und Weiterbildung. Neben Akademiker\*innen werden Handwerker\*innen und Dienstleister\*innen benötigt. Kurz gesagt: Alle werden überall benötigt! Nahezu alle Jobs werden im weitesten Sinne Klima-Jobs sein, wir werden sie nur nicht mehr als das wahrnehmen, sondern als „the new normal“.

#### Wie stellen wir sicher, dass die Transformation der Arbeitswelt sozial gerecht vonstattengeht?

Soziale Gerechtigkeit entsteht vor allem durch faire und gerechte Löhne, Absicherungen im Krankheitsfall und Chancengleichheit. Diese Faktoren müssen durch effektive politische Rahmenbedingungen generell sichergestellt werden.

#### Was wird aus Menschen, die in der konventionellen Energiewirtschaft arbeiteten? Welche Jobchancen hat ein Kohlekumpel?

Es gibt in Deutschland nur noch einige zehntausend echte Kohlekumpel. Früher waren es mal über 650.000. Die Transformation ist auf den letzten Metern. Der Kohleausstieg wird finanziell üppig unterstützt, es fließen mehr als 30 Milliarden

Euro in regionale Strukturwandelprogramme. Diese sollen die soziale Gerechtigkeit adressieren. In der Vergangenheit waren viele – wenn auch nicht alle – Programme erfolgreich, die in eine zukunftsweisende Wirtschaft investiert haben. Derzeit arbeiten circa 250.000 Menschen in der konventionellen Energie- und Wasserwirtschaft, im Bereich erneuerbaren Energien sind es mehr als 400.000. Aber auch die konventionelle Energiewirtschaft wird immer „grüner“, die Transformation findet dort seit vielen Jahren statt.

#### Einer Studie zufolge verdienen ehemalige Beschäftigte der Kohlebranche nach einem Jobwechsel durchschnittlich 27 Prozent weniger. Wie kann der Staat das abfedern?

Die Kohlebranche hat in der Tat hoch bezahlt, da es eine sehr starke Gewerkschaft gab. Das ist in anderen Branchen weniger der Fall. Im Bereich Kohle greifen die genannten Strukturwandelprogramme – jeder ehemalige Kohle-Job wird mit mehr als einer Million Euro für zukunftsweisende Jobs kompensiert. Das geht aber nicht überall. Der Staat sollte vor allem für die richtigen Rahmenbedingungen sorgen. Üppige Löhne aus Branchen mit Übergewinnen können und sollten nicht kompensiert werden. Es wird jede Menge neue, gut bezahlte, attraktive Klima-Jobs geben, wenn der Markt nicht wieder abgewürgt wird.

#### Wie müsste sich der politische Kosmos in Deutschland verändern, damit Klimapolitik und die soziale Frage noch stärker zusammengedacht werden?

Alle Komponenten gehören zusammen und sollten nie getrennt betrachtet werden. Die Klimawende betrifft alle Sektoren und somit auch die Arbeitswelt. Neben der klassischen Energiewirtschaft, die nun in einem gut flankierten Transformationsprozess ist, wird vor allem die Autobranche dies nun angehen müssen. Die Kohlekommission war sinnvoll und hat gesellschaftlich und wirtschaftlich befriedet. Es wäre gut, wenn die Politik solche Kommissionen auch für den Gasausstieg sowie für den fossilen Heiz- und Verbrennerausstieg einsetzen würde. Diese sollten alle Einzelaspekte des Übergangs beleuchten, daraus ein Strukturwandelprogramm ableiten – und die richtigen Empfehlungen erarbeiten.

Bild: Ricardo (AdobeStock)

#### QUANTENSPRUNG FÜR DIE VERKEHRSWENDE

Kaum war es da, schon löste es einen regelrechten Run aus: das Deutschlandticket. Bereits kurz nach dem Start im Mai meldete der Verband deutscher Verkehrsunternehmen, sieben Millionen Menschen hätten ein Abo für das 49-Euro-Ticket abgeschlossen – darunter zwei Millionen, die vor der Einführung noch keine ÖPNV-Abonnent\*innen waren. Mit dem Ticket wurde eine langjährige grüne Vision weitgehend realisiert – und klimafreundliche Mobilität mit sozialer Daseinsvorsorge kombiniert. Doch das ist nur der Anfang: Die Grünen setzen sich in vielen Bundesländern für regional vergünstigte Tarife ein, etwa für Kinder und Jugendliche oder Menschen, die Sozialleistungen empfangen. Und klar ist auch: Selbst ein preisgünstiger ÖPNV kann langfristig nur Erfolg haben, wenn auch Angebot und Qualität stimmen. Deshalb drängen die Grünen auf die Umsetzung eines Deutschland-Taktes – mit mehr Verbindungen, einfacheren Fahrplänen und kürzeren Wartezeiten.



NATÜRLICHER  
KLIMASCHUTZ

Für viele Menschen sind sie vor allem Schauplatz altmodischer Gruselkrimis, Expert\*innen jedoch schätzen sie als einen entscheidenden Faktor der Klimawende: Moore. Trockengelegte Moore sind für fast sieben Prozent der Treibhausgasemissionen Deutschlands verantwortlich. Dabei sind die sumpfigen Ökosysteme eigentlich exzellente Klimaschützer, die jede Menge CO<sub>2</sub> speichern. Doch wenn sie, etwa für die landwirtschaftliche Nutzung, entwässert werden, entweicht das CO<sub>2</sub>. Um diesen Gruselfaktor zu verringern, hat Bundesumweltministerin Steffi Lemke ein Aktionsprogramm „Natürlicher Klimaschutz“ aufgelegt. Es soll den Zustand von Deutschlands Ökosystemen verbessern und ihre Klimaschutzleistung stärken. Dafür stellte die Ampelkoalition im Bundeshaushalt vier Milliarden Euro zur Verfügung. Es geht nicht nur um die Renaturierung von Mooren, auch Wälder, Wildnis, Auen, Meere, Küsten und das Grün in Städten sollen besser geschützt und widerstandsfähiger werden. Das ist gut fürs Klima – und für die Artenvielfalt.

# Jede und jeder muss einen Platz in der großen Erzählung der Klimakrise finden

Der Kognitionswissenschaftler Fritz Breithaupt beschäftigt sich mit Narrativen, Emotionen und Empathie. In seinem vieldiskutierten Buch „Das narrative Gehirn“ entwirft er nichts weniger als ein neuartiges Menschenbild. Er meint: Politiker\*innen dürfen durchaus Gefühle zeigen. Gerade die Klimakrise sollten wir persönlich nehmen.

**Vor Ihrem Forschungsgegenstand, dem Denken in Erzählungen, wird ja derzeit viel gewarnt. Narrative werden mit Manipulation, Parteilichkeit und Fake News in Verbindung gebracht. Sie sehen das in Ihrem Buch „Das narrative Gehirn“ etwas anders.**

In meinem Buch lege ich den Akzent auf unsere persönliche Wahrnehmung – und auf dieser Ebene sind Narrative etwas sehr Produktives. Wir denken und leben in Geschichten. Sie sind für unser Mensch-Sein von essenzieller Bedeutung. Narrative stiften Sinn und schaffen Klarheit und Orientierung. Mit Narrativen verarbeiten wir unsere Alltagsprobleme. Sie haben eine therapeutische Wirkung.

**Was macht ein Narrativ aus?**  
Narrative sind Emotionsepisoden. Sie haben Anfang, Mitte und Ende. Mit ihrer Hilfe können wir das Geschehen um uns herum in einzelne Teile herunterbrechen. Am Ende werden wir mit einer Emotion belohnt. Der leidende Held siegt, der Bösewicht wird bestraft, es gibt zahllose verschiedene Optionen. Eben weil wir ahnen, dass es ein Happy End geben kann, lassen wir uns auf die Narration ein. Wir lassen uns entführen. Und werden so auch in die Welten anderer entführt. Durch Narrative können wir nachvollziehen, was andere Menschen erleben. Wenn meine Nichte, beispielsweise, beim zweiten Versuch ihre Lehre packt, macht mich das auch deshalb glücklich, weil ich ihre Krise davor mitgedacht habe. Narrative sind insofern etwas Großartiges.

**Sie beschreiben den Menschen als narratives, von Gefühlen geleitetes Wesen. Heißt das, unser**

Bilder: Simon (AdobeStock), Kim Robertson

**Gehirn funktioniert weit weniger rational als bisher angenommen?**  
Ich sehe Gefühl und Verstand nicht als Gegensätze, obwohl das in zahlreichen philosophischen Ansätzen so dargestellt wird. Mitfühlen und -erleben spielen auch eine große Rolle im rationalen Denken. Oft sind es gerade die Gefühle und Affekte, die unsere Rationalität steuern. Eine komplett entfesselte Rationalität würde das menschliche Leben gar nicht immer wertschätzen. Narrative helfen uns, das Vernünftige auf das Menschliche zu beziehen.

**Haben diese Erkenntnisse Ihren Blick auf das Politische verändert?**  
Ich arbeite an diesen Themen schon lange. Als Donald Trump gewählt wurde, war ich nicht sonderlich erstaunt. In meinem Buch „Die dunklen Seiten der Empathie“ habe ich beschrieben, dass Trump eigentlich alles richtig macht. Da ist jemand, der seine Ideologie perfekt in kleine narrative Bündel verpackt. Er war immer der Held: einer gegen alle. Zum Glück beobachte ich diese Fähigkeit nicht nur im negativen Sinne. Es war ein Großereignis, als Angela Merkel im September 2015 die Grenze für Geflüchtete nicht geschlossen hat. Für kurze Zeit wurden neue Narrationen, neue Handlungsmöglichkeiten aufgetan: Wir können Geflüchtete auch mal willkommen heißen, Mitgefühl zeigen. So frage ich mich oft: Wo haben Menschen eine Erzählung, in die sie aktiv eintauchen können? Eine Resonanz, bei der sie mitschwingen können?

**Wie können Narrative positiv genutzt werden – etwa für den Klimaschutz?**  
Die Klimakrise ist schwer zu erzählen, weil sie Zeit- und Wahrnehmungsdimensionen voraussetzt, die schwer mit Held\*innen oder auch Antiheld\*innen zu besetzen sind. Solange die drohende Katastrophe eine große dunkle Wolke ist, die über allem schwebt, kann man nicht agieren. Eine Möglichkeit könnte darin bestehen, die Probleme erst einmal regional zu fassen. Lasst uns schauen, was sich hier bei uns schon verschoben hat, welche Baumarten leiden, welche Tierarten verschwinden. Auf diese Weise können die und der Einzelne ihren Platz in dieser großen

„Wir denken und leben in Geschichten. Sie sind für unser Mensch-Sein von essenzieller Bedeutung.“

FRITZ BREITHAUPT



PROF. DR. FRITZ BREITHAUPT  
Jahrgang 1967, ist Literatur- und Kognitionswissenschaftler. Seit 1996 lehrt er an der Indiana University Bloomington. Aufsehen erregte er 2017 mit seinem Buch „Die dunklen Seiten der Empathie.“ In großangelegten Versuchsreihen untersucht Breithaupts Experimental Humanities Lab mit Hilfe von Stille-Post-Spielen den emotionalen Kern des Erzählens. „Das narrative Gehirn“ wurde in Österreich zum Wissenschaftsbuch des Jahres 2023 gekürt.



Erzählung finden. Gerade ganz kleine Maßnahmen können zeigen, dass man eine Handlungsoption hat. Dass man über eine Entscheidungshoheit verfügt.

**Im akademischen Jahr 2023-24 werden Sie Teil einer Forschungsgruppe am New Institute in Hamburg zur „Depolarisierung der Klimakommunikation“ sein.** Ja, unser Team will die vielfältigen Fallstricke der Klimakommunikation in den Medien untersuchen. Manche Ausdrücke wie „Fünf vor zwölf“ und „Flugscham“ sind ja schon rote Tücher für manche Mitmenschen. Dann kommt es schnell zu verhärteten Fronten. Wir wollen praktische Versuche unternehmen, wie wir es schaffen können, möglichst viele Menschen zum Mitreden und Entpolarisieren zu bewegen. Eine meiner Rollen wird es sein, in Experimenten zu erproben, wie eine Klimageschichte von anderen weiter kommuniziert und dabei jeweils verändert und vielleicht radikalisiert wird.

**Sie betonen in Ihrem Buch ja auch, wie wichtig es ist, aus welcher Perspektive ich die Dinge erzähle. Verzichte ich auf Fleisch oder habe ich einfach Lust, mehr Gemüse zu kochen?** Die Verzichtsnarration ist die Erzählung eines privilegierten Klientels. Vom Verzicht reden meist diejenigen, die genug haben, die es sich leisten können. Für sie ist Verzicht eine aktive Entscheidung. Bei großen Teilen der Bevölkerung zündet das aber nicht. Und bestimmte Medien haben ein sehr gutes Gespür dafür, wie sie das ausschachten können. Insofern ist es viel besser, die individuelle Entscheidung zu betonen, die einen bestätigt und bereichert. Wenn das vegetarische Gericht richtig gut schmeckt, ist das ein besseres Argument als die Tatsache, dass ich damit auf Fleisch verzichtet habe.

**Sie sprechen vom „Ausschlachten“ der Narrative. Ist unser politischer Diskurs polemischer und populistischer geworden?** Das war er immer schon. Aber was früher Parteiprogramm war, wird jetzt Personalpolitik. Wenn wir beispielsweise die parlamentarischen Berichte aus dem 18. Jahrhundert in Großbritannien lesen, sieht das oft frappierend ähnlich aus wie das, was heute passiert. Schon damals haben deutsche Beobachter mit Erstaunen und Be-

wunderung verfolgt, wie Menschen von politischen Kandidaten mit Bauernschläue und gewitzter Rhetorik eingefangen wurden. Was sich gerade abzeichnet, ist, dass sich die kontinentaleuropäischen Demokratien dem amerikanischen und englischen System angleichen. Was wir heute in den deutschen Talkshows beobachten, ist eine stärkere Personalisierung von Politik. In den USA kennt man das schon länger.

**Sehen Sie das mit einem lachenden und einem weinenden Auge? Es kommt ja dem narrativen Denken sehr entgegen.** Aus narrativer Sicht ist diese Entwicklung verständlich. Narrative brauchen Täter\*innen und Opfer. Und einprägsame Sound Bites, die möglichst oft wiederholt werden. Aus politischer Sicht finde ich das problematisch. Unsere Bereitschaft, in Narrativen zu denken, kann eben auch sehr gut ausgenutzt werden. Aber generell sind Narrative auf vielen Ebenen einfach das Geschäft der Politik.

**Was würden Sie als Narrativik-Experte Politiker\*innen raten?** Es gibt eine klare Tendenz, dass Empathie bei vielen Bürger\*innen gut ankommt. Dass es glaubhaft ist, wenn man sich auch von seiner persönlichen Seite zeigt. Früher glaubte man, dass so ein subjektiver Ansatz die politischen Positionen schwächt. Heute denkt man eher: „Ah, ich verstehe jetzt besser, warum du diese Werte vertrittst.“ Viele können dann besser mitgehen. Und eher einschätzen, worauf die Politik derjenigen oder desjenigen hinauslaufen wird.

**„Unsere Bereitschaft, in Narrativen zu denken, kann sehr gut ausgenutzt werden. Aber generell sind Narrative auf vielen Ebenen einfach das Geschäft der Politik.“**

FRITZ BREITHAUPT

Ich würde heutzutage auch wagen, die persönliche Erfahrung als Begrenzung darzustellen. Also: „Natürlich sehe ich die Welt aus meiner Perspektive.“ Man darf auch mal die eigene Privilegiertheit zur Sprache bringen und eine Argumentation so aufbauen, dass man sagt: „Gerade, weil es mir gut geht, trete ich dafür ein, dass andere diese Möglichkeit auch erhalten.“

**Wen würden Sie als Beispiel für diesen Politikstil anführen?** Joe Biden, der ja wirklich kein Charismatiker ist, hat es immer wieder geschafft, Leute für sich einzunehmen, indem er von seiner eigenen Leidensgeschichte erzählt. Das hat Sympathien erzeugt. Auch bei Leuten, die aus einer ganz anderen Ecke kommen. Er ist beispielsweise bei vielen Afroamerikaner\*innen sehr beliebt, nicht zuletzt, weil er vom Verlust seines Sohnes erzählt hat.

**Eine Art von emotionaler Augenhöhe.** Ja, genau. Man bietet seine eigenen Gefühle an und zeigt gleichzeitig, dass man gerade deshalb fähig ist, die Emotionen von anderen wahrzunehmen und ernst zu nehmen. Das setzt natürlich voraus, dass man auch wirklich ehrlich ist.

**Haben Sie dafür auch Beispiele aus der deutschen Politik?** Ich hatte lange einen Wohnsitz in Schleswig-Holstein und konnte die Laufbahn von Robert Habeck aus der Nähe beobachten. Es war hochinteressant zu sehen, wie er sich auf die Landwirt\*innen eingelassen hat. Das war ja anfangs eine Art Hassliebe. Habeck hat immer wieder den Dialog gesucht. Er hat zwar durchaus auch konfrontiert, konkrete Fehler benannt. Aber diese Schockwirkung hat ein ehrliches Gespräch erzeugt. Er war ein festes, fassbares Gegenüber, das zuhört. Der hat keine Tricks angewandt, sondern seine Meinung vertreten und anderen aufmerksam zugehört. Das kam besser an als ein flotter Marketing-spruch. Zu oft wird das Wort Narrativ ja mit PR verwechselt. Aber Narrative sind komplexer, haben immer auch eine andere Seite. Wer Narrative erzeugt und lebt, lässt sich auch auf die Unbeherrschbarkeit des Narrativen ein. Auch das gehört zum narrativen Denken: Es könnte alles anders kommen. Wer Politik macht, weiß das.

Bild: rawpixel.com (AdobeStock)



FRAUEN STÄRKEN IN DER KLIMAKRISE

Die Klimakrise verschärft weltweit soziale Ungleichheiten, auch zwischen den Geschlechtern. Laut Angaben der Vereinten Nationen waren 2021 bis zu 80 Prozent der Menschen, die wegen klimabedingter Katastrophen fliehen mussten, Frauen. Jede Krise, jede Naturkatastrophe trifft Frauen besonders hart, bedeutet für sie ein erhöhtes Risiko, Opfer von körperlicher und sexualisierter Gewalt zu werden. Gleichzeitig sind Frauen in umweltpolitischen Prozessen oft unterrepräsentiert – und das obwohl sie Studien zufolge häufig klimabewusster leben und entscheiden. Diesen Ungleichheiten hat Bundesaußenministerin Annalena Baerbock den Kampf angesagt: mit Leitlinie Nr. 4 ihrer feministischen Außenpolitik. Ihr Haus macht sich dafür stark, Frauen viel stärker in globale Klimaprozesse einzubinden und genderresponsive Klimaprojekte zu fördern – etwa eine Initiative in der Sahel-Region, um in Flüchtlingslagern Dieselgeneratoren durch Solaranlagen zu ersetzen. Das Projekt spart CO<sub>2</sub> und kommt vor allem Frauen und Kindern zugute, die rund 70 Prozent der Bevölkerung in den Lagern ausmachen.

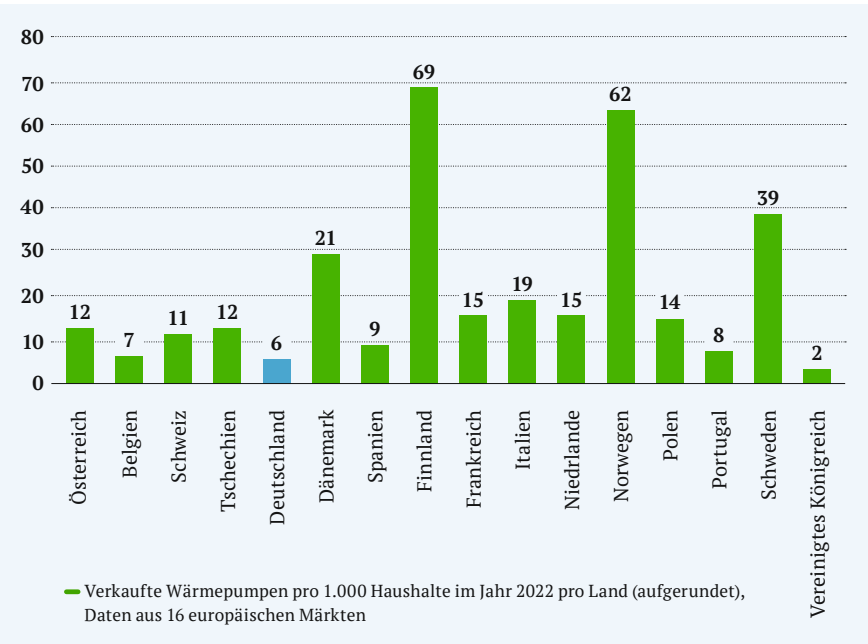
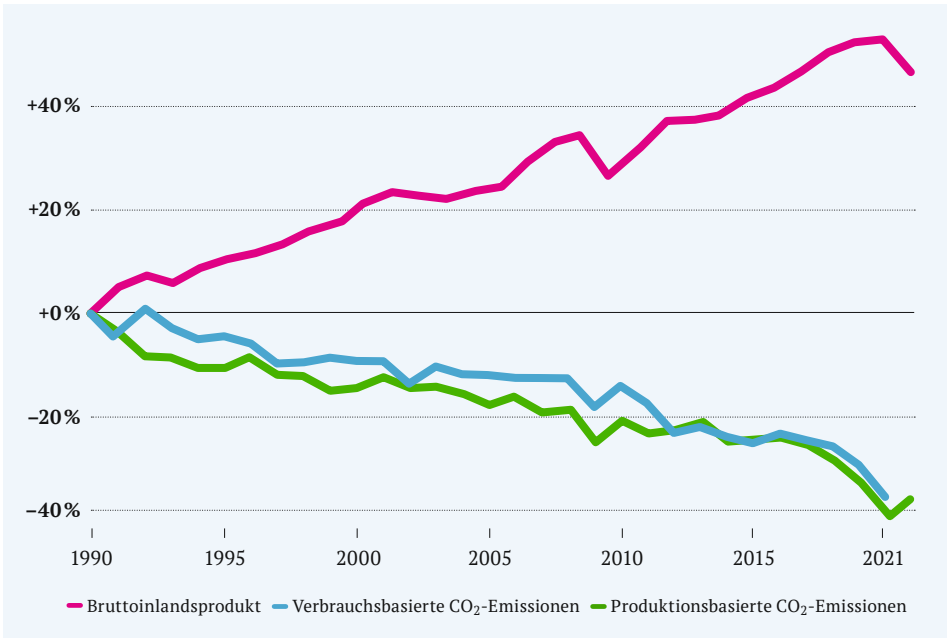


# Engergiewende international

Die Klimakrise ist für die Menschen buchstäblich spürbar geworden. Die Durchschnittstemperaturen in Europa haben neue Rekorde erreicht. Wir erleben Hitze, Dürren, Starkregen, Stürme, Wassermangel. Zugleich gibt es ermutigende Entwicklungen im Kampf gegen die Klimakrise, auch wenn der Handlungsdruck weiter hoch bleibt. Eine Momentaufnahme in Grafiken.

**Wachstum mit weniger Emissionen**

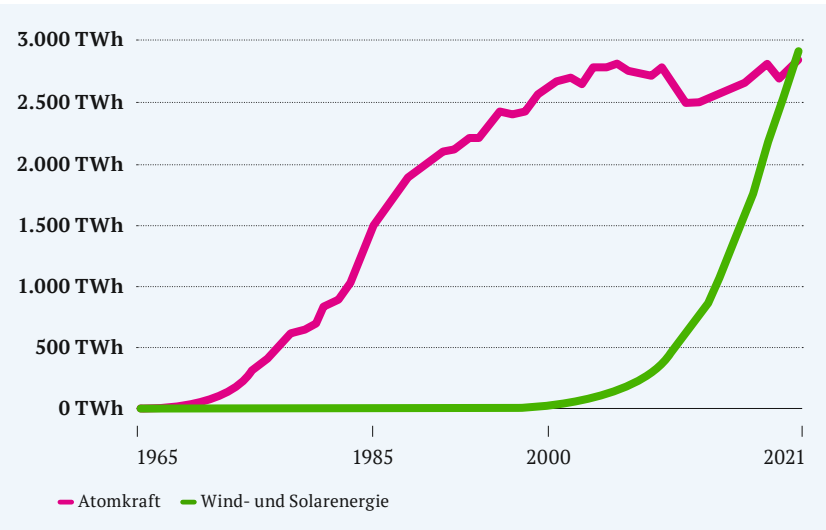
Deutschland zeigt: Die Wirtschaft kann wachsen – und der CO<sub>2</sub>-Ausstoß gleichzeitig sinken. Möglich macht das der Ausbau erneuerbarer Energien und eine größere Energieeffizienz in der Produktion, sagt das Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung Halle. Für die Güter, die die Wirtschaft herstellt, benötigt sie immer weniger Energie und stößt auch immer weniger fossile Treibhausgase aus. Doch es bleibt noch mehr zu tun! Um das 1,5-Grad-Ziel zu erreichen, müssen u.a. die Energieeffizienz der Produktion deutlich gesteigert und der Umstieg auf grüne Energie deutlich beschleunigt werden. Das Ziel der Ampel: Der Anteil der Erneuerbaren am Strommix soll bis 2030 auf 80 Prozent steigen.



**Wärmepumpenrekord in Europa**

Immer mehr Haushalte in Europa nutzen Wärmepumpen. 2022 wuchs der Absatz so schnell wie nie zuvor. Frankreich ist aktuell führend mit etwa 4,25 Millionen installierten Geräten. Norwegen deckt bereits rund 60 Prozent seines Wärmebedarfs mit Wärmepumpen, Schweden und Finnland etwa 40 Prozent. Bis 2030 soll fast ein Drittel der Fernwärme in Dänemark durch Groß-Wärmepumpen erzeugt werden. Neben Deutschland unterstützen auch Österreich und die Tschechische Republik Privathaushalte bei der Umstellung auf nachhaltigere Anlagen. Laut der Internationale Energieagentur (IEA) haben Wärmepumpen das Potenzial, die globalen Kohlendioxidemissionen bis 2030 um mindestens 500 Millionen Tonnen zu reduzieren – das entspricht den jährlichen CO<sub>2</sub>-Emissionen aller Autos in Europa heute.

Quellen: Our World in Data (Oxford University), Nathaniel Bullard (nathanielbullard.com/presentations), European Heat Pump Association (EHPA)

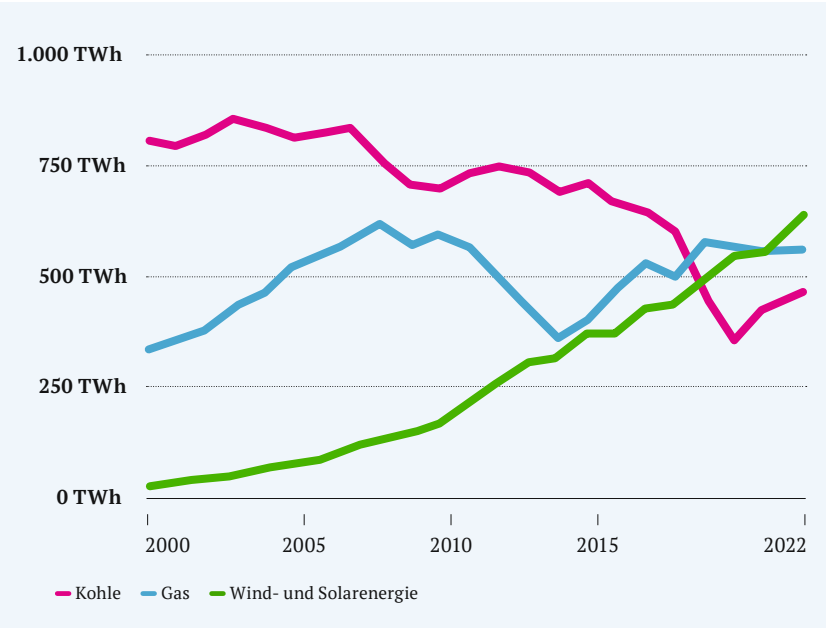
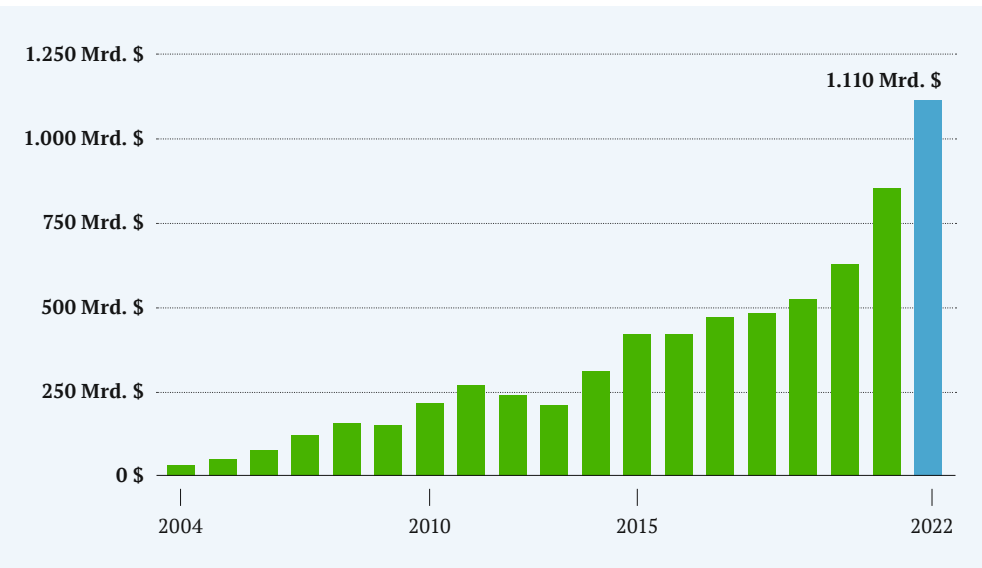


**Erneuerbare statt teurer Atomkraft**

Wind- und Solarenergie tragen weltweit mehr zur Stromerzeugung bei als die Atomenergie. Erneuerbare wiesen 2021 zudem mit 15 Prozent eine höhere jährliche Wachstumsrate auf als jeder andere Energieträger. Die US-Investmentbank Lazard schätzt die Produktionskosten neuer Atomkraftwerke auf 131 bis 204 US-Dollar pro Megawattstunde (MWh) – ohne Berücksichtigung der Kosten für den Rückbau, die Entsorgung bzw. Endlagerung radioaktiver Abfälle, Wartung sowie staatliche Haftungsgarantien oder andere Subventionen. Zum Vergleich: Windkraftanlagen kosten nur 26 bis 50 US-Dollar pro MWh, Solarfreiflächenanlagen nur 28 bis 31 US-Dollar, Solar-Dachanlagen 67 bis 221 US-Dollar. Im Unterschied zur Atomkraft handelt es sich hier um bereinigte Gestehungskosten, also ohne staatliche Subventionen.

**Mehr Geld für die Energiewende**

Rekordwert! Die globalen Investitionen in die Energiewende knackten im Jahr 2022 die Billionen-Dollar-Grenze. Nie wurde mehr Geld für Windkraft, Solarenergie, Biokraftstoffe und andere erneuerbare Energieträger ausgegeben. Außergewöhnlich schnell stiegen zudem die Investitionen für die Elektrifizierung des Verkehrs (+54 Prozent im Vergleich zu 2021), schreibt das Marktforschungsunternehmen BloombergNEF. Am meisten investierte China mit 536 Milliarden US-Dollar in die Energiewende. Auf Platz 2 lag die Europäische Union mit 180 Milliarden US-Dollar, gefolgt von den USA mit 141 Milliarden US-Dollar.



**Trendwende beim Strommix**

623 Terawattstunden (TWh): Der Anteil von Wind- und Solarstrom in der EU war noch nie so groß wie 2022. Laut einer Analyse der britischen Denkfabrik Ember Climate trugen die Erneuerbaren damit ein Rekordfünftel (22 Prozent) zum europäischen Strommix bei. Damit überholten sie zum ersten Mal fossiles Gas (20 Prozent) und blieben auch vor der Kohlekraft (16 Prozent). Den Zahlen von Ember zufolge erzeugte 2022 Deutschland europaweit am meisten Wind- und Solarenergie – 126 TWh aus Wind und 59 TWh aus Sonne. Auch global ist die Trendwende eingeläutet: Die Internationale Energieagentur (IEA) erwartet, dass Erneuerbare im Jahr 2025 Kohlekraftwerke als größten Stromerzeuger auf der Welt überholen werden. Der aktuelle Anstieg der Kohleverstromung in der Energiekrise sei nur eine Momentaufnahme. „In Europa wird Deutschland den mit Abstand größten Ausbau der grünen Energie aufweisen“, sagte IEA-Generaldirektor Fatih Birol der FAZ.





# Europagruppe Grüne

In dieser Ausgabe schreiben eure Europaabgeordneten über ihre Arbeit und Initiativen im Europäischen Parlament und darüber, wie wir Grüne mit Werten, konkreten Politikvorschlägen und klaren Positionen Herausforderungen meistern können.

Wir heißen alle Leser\*innen herzlich willkommen auf den Europaseiten und wünschen spannende Einblicke.

EURE EUROPAGRUPPE GRÜNE



Europagruppe GRÜNE/  
Europäisches Parlament  
www.gruene-europa.de  
info@gruene-europa.de  
twitter: @gruene\_europa  
facebook.com/europagruene

Verantwortlicher Europaseiten:  
Aldo Caruso

## KLEINES PLASTIK RIESIGES PROBLEM

**R**und 9,5 Millionen Tonnen Plastik landen jedes Jahr in den Meeren. Größere Plastikteile werden spröde und zersetzen sich nach und nach. Das dabei entstehende sogenannte Mikroplastik ist kleiner als ein halber Zentimeter. Die kleinen Plastikpartikel wurden bereits in Meeresorganismen vom Plankton bis zum Wal, im Schnee der Antarktis und in unserem Trinkwasser nachgewiesen. Tiere sterben daran, giftige Stoffe werden freigesetzt und über die Nahrungskette landet Mikroplastik wieder bei uns.

Hier besteht Handlungsbedarf. Ein EU-weites Verbot von zugesetztem Mikroplastik, zum Beispiel in Kosmetika, steht kurz bevor. Zusätzlich dazu ist ein Gesetz zur Vermeidung von Mikroplastik durch Abrieb in Planung. An diesem Gesetz werde ich im Umweltausschuss des



**SKA KELLER**

Im Fischerei- und Umweltausschuss setze ich mich für Meeresschutz und Artenvielfalt ein. Erfahrt mehr über meine Arbeit unter [skakeller.de](https://www.skakeller.de)

EU-Parlaments mitarbeiten und mich dafür einsetzen, dass die Verschmutzung durch Mikroplastik – von Kunststoffgranulat, Reifen und synthetischen Textilien – deutlich verringert wird.

## KATALYSATOR CHINA?

**Z**ehn Absätze haben die G7-Staaten auf ihrem Hiroshima-Gipfel im Schlusskommuniqué der China-Politik gewidmet. Die Reaktion aus Peking zeigte routinierte Empörung, aber eigentlich fällt die G7-Position nicht besonders konfrontativ aus. Statt am dummen Abkopplungsparadigma wollen sich die G7-Staaten an der Risikominimierung orientieren. Zahlreiche kritische Punkte werden natürlich unverblümt angesprochen. Zugleich wird die Kooperation mit China für notwendig erklärt. Die G7 haben einen guten Text produziert, kann man sagen.

Und doch: Wir sollten vor allem begreifen, dass der Systemrivale China faktisch zum Katalysator werden muss für eine globale Politik der europäischen Staaten und der anderen Industrieländer im Sinne von



Nachhaltigkeit, inklusivem Multilateralismus und fairer Entwicklung. Die entscheidende Frage heißt: Bieten wir der Welt eine bessere Zukunft, als China es tut?

**REINHARD BÜTIKOFER**

Ich bin der außenpolitische Koordinator der Grünen/EFA-Fraktion und Vorsitzender der China-Delegation des Europäischen Parlaments.

## ENDLICH EIN WIRKSAMES EU-LIEFERKETTENGESETZ

**E**rschreckende Berichte über Kinderarbeit in Mica-Mienen in Indien oder unwürdige Arbeitsbedingungen in der Textilindustrie zeigen die Schattenseiten der Globalisierung. Menschenrechtsverletzungen und Umweltverbrechen sind in den Lieferketten immer noch an der Tagesordnung. Mit einem wirksam europäischen Lieferkettengesetz wollen wir das ändern. Nach jahrelangen Verhandlungen hat das Europaparlament kürzlich seine Position abgestimmt. Wofür ich mich besonders eingesetzt habe: Der aktuelle Beschluss des Europaparlaments konnte wichtige Schlupflöcher des Kommissionsvorschlags schließen – und das trotz des



**ANNA CAVAZZINI**

Ich verhandle für die Grüne/EFA-Fraktion das Lieferkettengesetz im EU-Handelsausschuss.

riesigen Lobbydrucks und dem Widerstand vieler Konservativer. Jetzt müssen wir das gute Ergebnis in den Verhandlungen mit den EU-Mitgliedstaaten verteidigen, bevor es in Kraft treten kann.

## ATTACKE AUF DEN GREEN DEAL

**D**ie Europafraktion der CDU/CSU fährt eine schamlose Kampagne auf Kosten unserer Zukunft. Dafür schmiedet der Fraktionsvorsitzende Manfred Weber eine unheilige Koalition am ultrarechten Rand. Zentrale Teile des Green Deal wie das Gesetz zur Rettung der Natur, die EU-Verordnung für nachhaltigere Pestizidnutzung oder die EU-Chemikalienverordnung sollen dem Kreuzzug gegen Umwelt- und Naturschutz zum Opfer fallen. Der Green Deal darf nicht abgewürgt werden. Die Zwillingsskrisen Erderhitzung und Artensterben können nur gemeinsam gelöst werden. Die 1,5-Grad-Grenze kann nur mit Renaturierung



**JUTTA PAULUS**

Den Green Deal zum Erfolg führen – für ein Leben innerhalb der planetaren Grenzen.

von Mooren und Wäldern eingehalten werden. Ohne funktionsfähige Ökosysteme kein trinkbares Wasser, keine fruchtbaren Böden, keine saubere Luft.

## GRÜNER WANDEL SOZIAL GERECHT

Wir müssen den grünen Wandel in der Industrie hinkommen, und das sozial gerecht. Die Dekarbonisierung der Wirtschaft erfordert eine stärkere soziale Absicherung und verbesserte Arbeitsbedingungen. Bei der Finanzierung unseres Gemeinwohls müssen wir die schwachen Schultern stärker entlasten. Dafür streite ich.

**TERRY REINTKE**  
[www.terryreintke.eu](https://www.terryreintke.eu)

## IN AFGHANISTAN VOR ORT

Seit der Machtübernahme durch die Taliban hat sich die Lage für Frauen und Mädchen in Afghanistan drastisch verschlechtert. Ich bin ins Land gereist, um mich mit Journalist\*innen, Frauenrechtler\*innen, Vertreter\*innen von NGOs und Geschäftsfrauen auszutauschen. Mehr zu ihren Forderungen lest ihr auf meiner Webseite.

**HANNAH NEUMANN**  
[www.hannahneumann.eu](https://www.hannahneumann.eu)

## VIelfalt WÄHLT

**E**twa jede fünfte Person in der EU lebt mit einer Behinderung. Trotzdem bleiben wir stark unterrepräsentiert. Unter 705 Abgeordneten war ich zu Beginn der Legislatur die einzige Frau mit sichtbarer Behinderung. Bei der nächsten Europawahl muss sich das ändern! Wir fordern volle politische Teilnahme – ohne Ausnahme. Bis vor kurzem waren in Deutschland noch 85.000 Menschen vom Wahlrecht ausgeschlossen. Erst mit einer gemeinsamen Klage vor dem Bundesverfassungsgericht konnten wir erreichen, dass rechtlich betreute Menschen wählen dürfen. Wir müssen dafür sorgen, dass wir Vielfalt in die Parlamente bringen.



**KATRIN LANGENSIEPEN**

Ich bin stellvertretende Vorsitzende des Sozialausschusses im Europaparlament und engagiere mich für ein soziales und inklusives Europa.

So kann Inklusion in jedem Politikfeld der EU mitgedacht werden. Nicht über uns ohne uns!

## GRÜNE INNOVATION

**W**ie lassen sich die Chancen Künstlicher Intelligenz mit grünen Forderungen verbinden und gleichzeitig Innovation fördern? Als grüner Verhandler will ich KI Raum zur Entwicklung lassen. Leitlinien geben die Richtung vor! Menschen, nicht KI, sollen Entscheidungen verantworten. Private Daten bleiben geschützt. Diskriminierung wird möglichst verhindert. Regulierung braucht das Vertrauen der Entwickler\*innen, das stärken wir durch unbürokratisches und schnelles Feedback von Aufsichtsbehörden. Mir ist es wichtig, für Nachhaltigkeit in der KI zu sorgen – die EU-Kommission hatte keine Vorkehrungen für



**SERGEY LAGODINSKY**

Ich verhandle für die Grüne/EFA-Fraktion im Europaparlament das KI-Gesetz.

den Schutz des Planeten getroffen. Unser grüner Verhandlungserfolg: Besonders energiehungrige System müssen effizient gestaltet werden und ihren Ressourcenverbrauch messen.

## QUO VADIS?

Dauerbrenner Ernährungssicherheit: Angebliche Versorgungsprobleme durch die Reduktion von Pestiziden in Europa sind wissenschaftlich widerlegte Märchen, kolportiert von den Christdemokrat\*innen im EU-Parlament. Statt wichtige Gesetzesvorhaben zu stoppen, gilt es den Green Deal endlich verbindlich umzusetzen.

**MARTIN HÄUSLING**  
[www.martin-haeusling.eu](https://www.martin-haeusling.eu)

## GEFLÜCHTETE SCHÜTZEN

Die EU-Asylrechtsreform scheitert seit Jahren. Entrechtung von Geflüchteten und der Ausbau der Festung Europa bilden leider den kleinsten gemeinsamen Nenner. Unsere Stimme im Parlament ist wichtig, um sich für eine Asylpolitik einzusetzen, welche die Rechte und Interessen der Schutzsuchenden in den Fokus rückt.

**ERIK MARQUARDT**  
[www.erik-marquardt.eu](https://www.erik-marquardt.eu)





## SOZIALE KRISENPOLITIK

Vom Gemeinderat bis zum EU-Parlament, der Streit um eine vernünftige Krisenpolitik wird immer härter. In Brüssel wollen Konservative und Liberale durch Belastungsmoratorien die Umsetzung des Green Deal hinauszögern. Und der EU-Kommission scheint die Kraft zu fehlen, die aktive Klimapolitik weiterhin gegen Widerstand aus den Hauptstädten durchzusetzen. Der Green Deal droht an mangelnden Investitionen und fehlender sozialer Ausgestaltung zu scheitern.

Die europäische Klimapolitik wird an der sozialen Frage entschieden! Wir brauchen eine Aufstockung des Klima-Sozialfonds, ein europäisches Klimageld und eine investitionsfreundliche Reform des Stabilitäts- und Wachstumspaktes. Ein europäischer Investitionsfonds sollte dies mit Investitionen in eine gemeinsame europäische Infrastruktur flankieren.



### RASMUS ANDRESEN

Ich streite im Haushalts- und im Wirtschaftsausschuss des Europäischen Parlaments für eine sozial gerechte Klimapolitik.

## NEUE NACHTZUGKARTE

Die Nachtzug-Renaissance ist in vollem Gange! Es ist in den vergangenen drei Jahren sehr viel einfacher geworden, nachts per Zug durch Europa zu fahren. Inzwischen gibt es rund 200 Nachtzugverbindungen. So kommen wir inzwischen über Nacht von Stuttgart nach Zagreb oder von Wien nach Brüssel. Seit Ende Mai fährt auch endlich der Nachtzug von Brüssel nach Berlin! Grund genug für unsere Verkehrspolitiklerin Anna Deparnay-Grunenberg und mich, unsere Nachtzugkarte auf den neuesten Stand zu bringen. In unserem Faltpapier findet ihr alles für eure nächste Europareise.

Klimafreundlich und im Schlaf: Die wichtigsten Verbindungen, neue Routen und die Links zur Ticketbuchung. Die komplett überarbeitete Version könnt ihr als PDF-Datei unter folgendem Link herunterladen:

[danielfreund.eu/nachtzugkarte](http://danielfreund.eu/nachtzugkarte)



### DANIEL FREUND

Für eine gedruckte Version schickt mir eine Mail an [daniel.freund@ep.europa.eu](mailto:daniel.freund@ep.europa.eu) oder scannt den QR-Code.



## GEGEN HASS UND DESINFORMATION

In Europa sind rechtsextreme Parteien auf dem Vormarsch. Sie profitieren von Hass und Lügen im Internet. Sie hetzen Menschen in hohem Tempo und großer Zahl auf, provozieren Gewalt im echten Leben und machen Kompromisse unmöglich. Klimalügen, Angst vor Migration und Hetze gegen LGBTQ+ werden durch Algorithmen der sozialen Netzwerke millionenfach verbreitet.

Als führende Digitalpolitikerin der Europafraktion bin ich gegen Google, Meta und Co. in die Offensive gegangen. Mit dem europäischen Grundgesetz für das Internet haben wir einen globalen Standard geschaffen, der die Meinungsfreiheit online sicherstellt, die Überwachung beschränkt und die Grundlage für den Kampf gegen Hass, Desinformation und Verschwörungsideologien legt. Darauf will ich nun aufbauen und dafür sorgen, dass Digitalplattformen in Zukunft Demokratie fördern, anstatt sie mit Hass und Lügen zu sabotieren.



### ALEXANDRA GEESE

Ich bin stellvertretende Vorsitzende der Grünen/EFA-Fraktion und streite als Digitalpolitikerin für Demokratie und Klimaschutz in Europa.

## WILLOW-PROJEKT STOPPEN

Noch im Wahlkampf versprach Joe Biden, keine neuen Ölförderprojekte zu genehmigen. Doch mit dem Willow-Projekt in Alaska bricht er sein Versprechen. Innerhalb von 30 Jahren könnte das Projekt bis zu 300 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub>-Äquivalente produzieren. Vor allem indigene Gemeinden wie Utiqavik leiden darunter.

Dagegen habe ich in den sozialen Medien die Kampagne [fightfossilfuels.org](http://fightfossilfuels.org) gestartet, gemeinsam mit über 10.000 Menschen. Die Folge: Im Mai haben wir im EU-Parlament darüber diskutiert. Die EU-Kommission musste Stellung beziehen. EU-Justizkommissar Reynders wiederholte die Unterstützung der EU für das Prinzip des Free, Prior and Informed Consent (FPIC).

Das ist das Besondere an der europäischen Demokratie: Wenn viele Menschen über Grenzen hinweg zusammenarbeiten, erreichen wir viel. Wir müssen unsere fossile Abhängigkeit beenden, von Brüssel bis Alaska. Ich bleibe weiter für euch dran.



### MALTE GALLÉE

Als jüngstes Mitglied aus Deutschland im Europa-Parlament nehme ich euch mit in den politischen Alltag per TikTok, Instagram, LinkedIn und meinen Newsletter: [linktr.ee/maltegallee](http://linktr.ee/maltegallee)

### ERASMUS+ ABER FÜR ALLE!

Erasmus+ fördert den kulturellen Austausch in Europa und lässt Freundschaften über Ländergrenzen hinweg entstehen. Allerdings fehlt es dem Programm bisher an Inklusion und Vielfalt. Insbesondere Kinder aus marginalisierten Gruppen profitieren so gut wie gar nicht davon. Das muss sich ändern und dafür streite ich!

**ROMEO FRANZ**  
[www.romeo-franz.eu](http://www.romeo-franz.eu)

### BOOST FÜR GRÜNE EU-INDUSTRIEPOLITIK

Der Green Deal ist ein Erfolgsprogramm für eine wettbewerbsfähige grüne Industriepolitik im Einklang mit unseren Klimazielen. Halbleiter und Rohstoffe sind wichtig für die grüne Transformation. Der neue Boost von EU-Industriepolitik gibt frisches Gestaltungspotenzial: Für eine Zukunft, die Ökonomie und Ökologie sozial versöhnt.

**HENRIKE HAHN**  
[www.henrike-hahn.de](http://www.henrike-hahn.de)

### VIVE LE VÉLO

Ich konnte das EU-Parlament davon überzeugen, dass Europa eine Fahrradstrategie braucht. Ziel: Das Rad wird vollwertiges Verkehrsmittel und der EU-Radverkehr bis 2030 verdoppelt. Bis dahin könnt ihr meine „Bio.Vélo.Route“ erradeln, einen digital navigierbaren Naturlehrpfad von Stuttgart bis nach Straßburg – mein Herzensprojekt!

**ANNA DEPARNAY-GRUNENBERG**  
[www.anna.deparnay-grunenberg.eu](http://www.anna.deparnay-grunenberg.eu)

### BITTE MAL NACH OBEN SCHAUEN

Im Weltraum werden die Zukunftswelten gestellt, mit Daten für besseren Klimaschutz und mit stabilen Kommunikationsnetzen. Mit dem IRIS2-Projekt schickt die EU Satelliten ins All, die genau das ermöglichen. Ich habe dafür gestritten, dass es feste Nachhaltigkeitskriterien gibt – und die hat IRIS2 nun als erstes Spaceprojekt weltweit.

**NIKLAS NIENASS**  
[www.niklas-nienass.eu](http://www.niklas-nienass.eu)

### GREEN DEAL JETZT RETTEN!

Energieeffizienz in Gebäuden, Ausbau der Erneuerbaren und die Stärkung natürlicher CO<sub>2</sub>-Senken stehen auf der Kippe. Ich setze mich mit aller Kraft dafür ein, den Green Deal zu retten. Für den Klimaschutz brauchen wir jetzt mehr denn je starke Bündnisarbeit. Statt Pause brauchen wir neuen Elan. Genau jetzt braucht es uns.

**MICHAEL BLOSS**  
[www.michaelbloss.eu](http://www.michaelbloss.eu)

### RUSSLAND, DESINFO UND DIE WAHL

Seit Jahren befasse ich mich mit Russlands Desinformationskampagne, aktuell im INGE-Ausschuss. Wir wissen: Russland wartet darauf, unsere demokratischen Kräfte in der EU zu schwächen. Die Wahlen 2024 werden entscheidend sein. Ich setze mich dafür ein, die Wähler\*innen und Europa insgesamt vor Manipulation zu schützen.

**VIOLA VON CRAMON**  
[www.violavoncronon.eu](http://www.violavoncronon.eu)

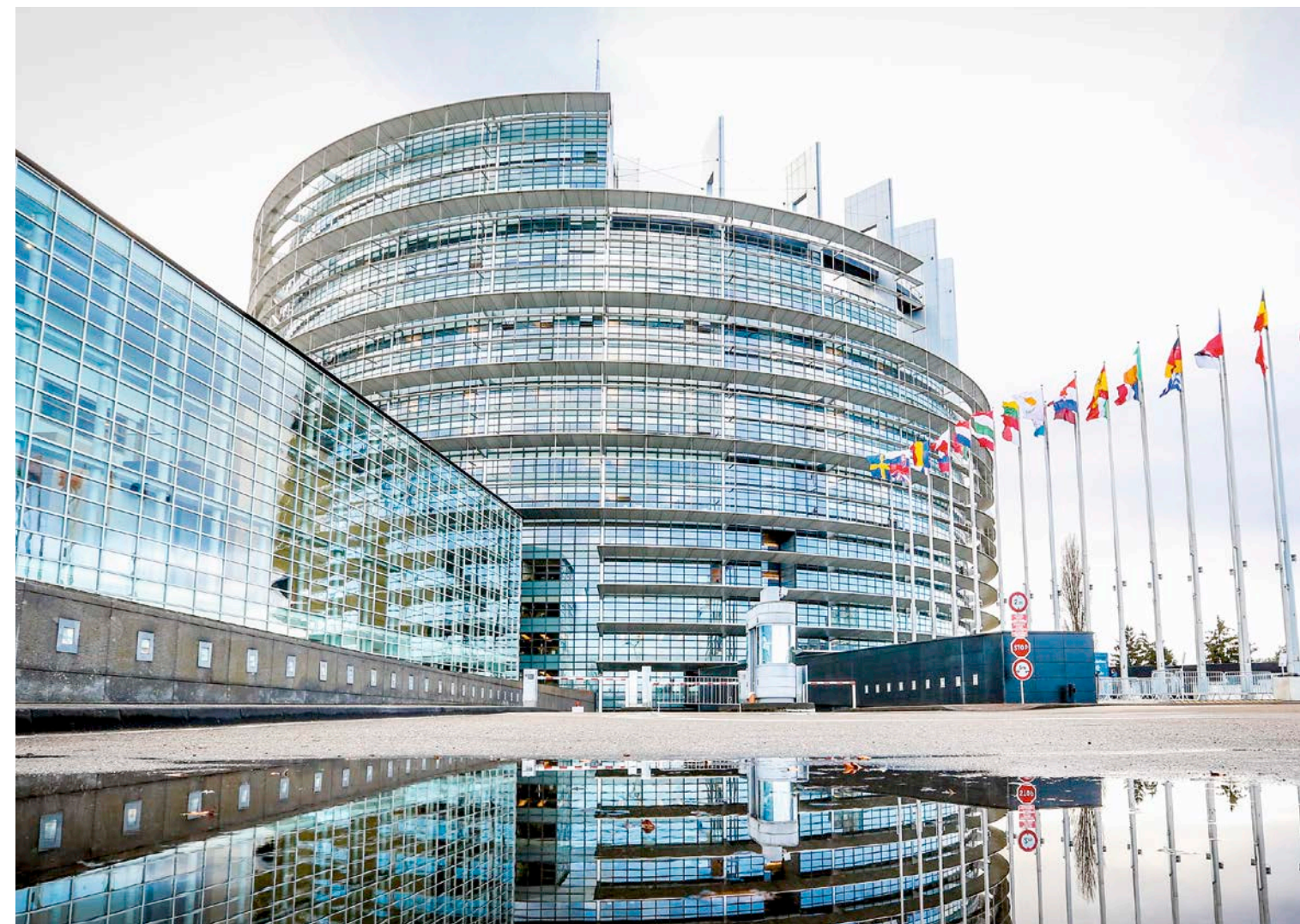


Europagruppe GRÜNE/  
Europäisches Parlament  
[www.gruene-europa.de](http://www.gruene-europa.de)  
[info@gruene-europa.de](mailto:info@gruene-europa.de)  
twitter: @gruene\_europa  
[facebook.com/europagruene](https://facebook.com/europagruene)

### UMFASSENDE ERINNERUNGSKULTUR

Wir müssen uns an alle Opfer des Nationalsozialismus erinnern. Eine von mir mitentwickelte Ausstellung zeigt im Europaparlament (noch) unbekannte Schicksale, unter anderem schwarzer Menschen und Afrikaner\*innen. Der Verfolgung und Ermordung schwarzer Menschen im Nationalsozialismus muss auch offiziell gedacht werden.

**PIERRETTE HERZBERGER-FOFANA**  
[www.herzberger-fofana.eu](http://www.herzberger-fofana.eu)





## HEINRICH BÖLL STIFTUNG

Konferenz

Gesellschaftsprojekt  
Energiewende

Volle Kraft voraus!



**Montag, 18. September 8.30 - 19.30 Uhr**  
Heinrich-Böll-Stiftung, Berlin  
mit **Dr. Robert Habeck**

Gemeinsam mit den Multiplikator\*innen und Macher\*innen der Energiewende suchen wir nach Strategien und Ideen, die das Gesellschaftsprojekt beschleunigen und in die Breite tragen.

[boell.de/gesellschaftsprojekt-energiewende](http://boell.de/gesellschaftsprojekt-energiewende)

Böll.Fakten

## Elektrisierend!



Berlin,  
Mai 2023,  
36 Seiten

Wie unsere  
Stromversorgung  
funktioniert und  
welche positiven  
Auswirkungen

der Aufbau eines erneuerbaren Stromsystems hat, zeigt diese Broschüre in 15 kurzen und anschaulichen Kapiteln.

[boell.de/boell-fakten](http://boell.de/boell-fakten)

## Unser Newsletter

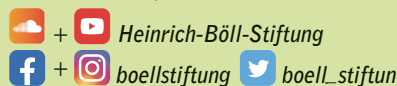
Jeden Monat. Kostenfrei.

In Eure Mailbox.

Jetzt abonnieren!



## Heinrich-Böll-Stiftung

Schumannstr. 8, 10117 Berlin [boell.de](http://boell.de)

„1,5 Grad. Verflechtungen von  
Leben, Kosmos, Technik“  
Die Ausstellung in der Mannheimer  
Kunsthalle zeigt in über  
200 Kunstwerken, wie die Klima-  
krise alle Lebensbereiche  
beeinflusst – und was wir noch tun  
können. Bis zum 8. Oktober.  
[www.kuma.art](http://www.kuma.art)



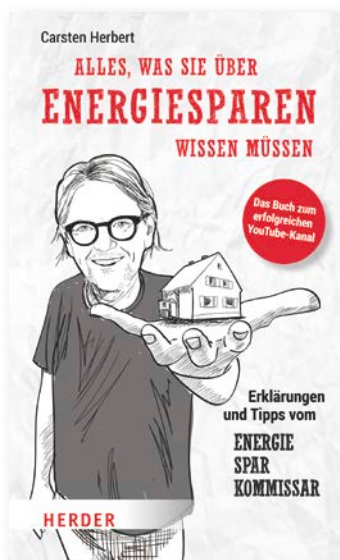
Die Nachhaltigkeitsziele der UN – für Kinder erklärt! Judith Drews widmet jedem der 17 Ziele eine Doppelseite mit bunten Illustrationen und kurzen Texten. „Ein wichtiges Werk, das nachdenklich stimmt“, schreibt die Deutsche Akademie für Kinder- und Jugendliteratur (Klimabuchttipp, April 2023). Für Kinder ab 5 Jahren – und für Erwachsene!



Drei junge Aktivistinnen, drei Kontinente, drei Ziele: Demokratie, Klimaschutz, Gerechtigkeit. In seinem Film „Dear Future Children“ begleitet Regisseur Franz Böhm, Jahrgang 1999, den Kampf dreier Aktivistinnen in Hongkong, Uganda und Chile. Ausgezeichnet mit dem Deutschen Dokumentarfilmpreis 2022. Auf Netflix. Mehr unter: [www.dearfuturechildren.com](http://www.dearfuturechildren.com)

Bilder: dearfuturechildren.com, Herder, Jacoby Stuart

Das „Netzwerk Klimajournalismus Deutschland“, ein Zusammenschluss von Journalist\*innen, setzt sich für bessere Berichterstattung zur Klimakrise ein. Mehr unter: [klimajournalismus.de](http://klimajournalismus.de)



Carsten Herbert ist Grünenmitglied aus Hessen und als „Energiesparkommissar“ auf YouTube erfolgreich. Seine Mission: Laien das Einmal-eins des Energiesparens zu erklären und die Energiewende zu pushen. Im April erschien sein Buch „Alles, was Sie über Energiesparen wissen müssen“ im Verlag Herder – mit vielen Grafiken und Schaubildern.

SAVE THE DATE!  
BUNDESFRAUENKONFERENZ IM  
SEPTEMBER

Komm zur diesjährigen Bundesfrauenkonferenz!  
Vom 16.-17. September treffen wir uns unter dem Motto „Zusammenkommen. Zusammenhalten. Zusammen Feministisch Regieren“ in Mannheim im Kulturhaus Käfertal.

Gemeinsam mit unseren Ministerinnen werden wir zusammenkommen, um zu diskutieren, wie wir in der Regierung noch mehr feministische Themen umsetzen können!

Mit spannenden Gästen planen wir ein vielfältiges Programm: mit Workshops zu Themen von der feministischen Arbeitswelt der Zukunft bis zu Gesundheit, Sport, Wissenschaft, Empowerment, Mental Load und vielem mehr.

Eingeladen sind alle Frauen der Partei. Weitere Infos geben wir zeitnah über die Webseite und die gängigen Verteiler bekannt.

**Wir freuen uns auf euch und auf  
spannende Diskussionen!**

## IMPRESSUM

**Das Magazin der Grünen –  
Mitgliederzeitschrift**  
Nr. 19, ISSN 2509-3193  
Postvertriebszeichen: A 02908

**Herausgeber:**  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Emily Büning, Politische  
Bundesgeschäftsführerin  
V.i. S. d. P.: Annkathrin Schäfer

**Redaktion, Gestaltung,  
Produktion:**  
Anzinger und Rasp, München  
Redaktion: Alexandra Bürger,  
Johannes Patzig  
Gestaltung: Lukas Millinger

**Kontakt Redaktion:**  
E-Mail: [magazin@gruene.de](mailto:magazin@gruene.de)  
Redaktion: Das Magazin  
der Grünen, Triftstraße 13,  
80538 München

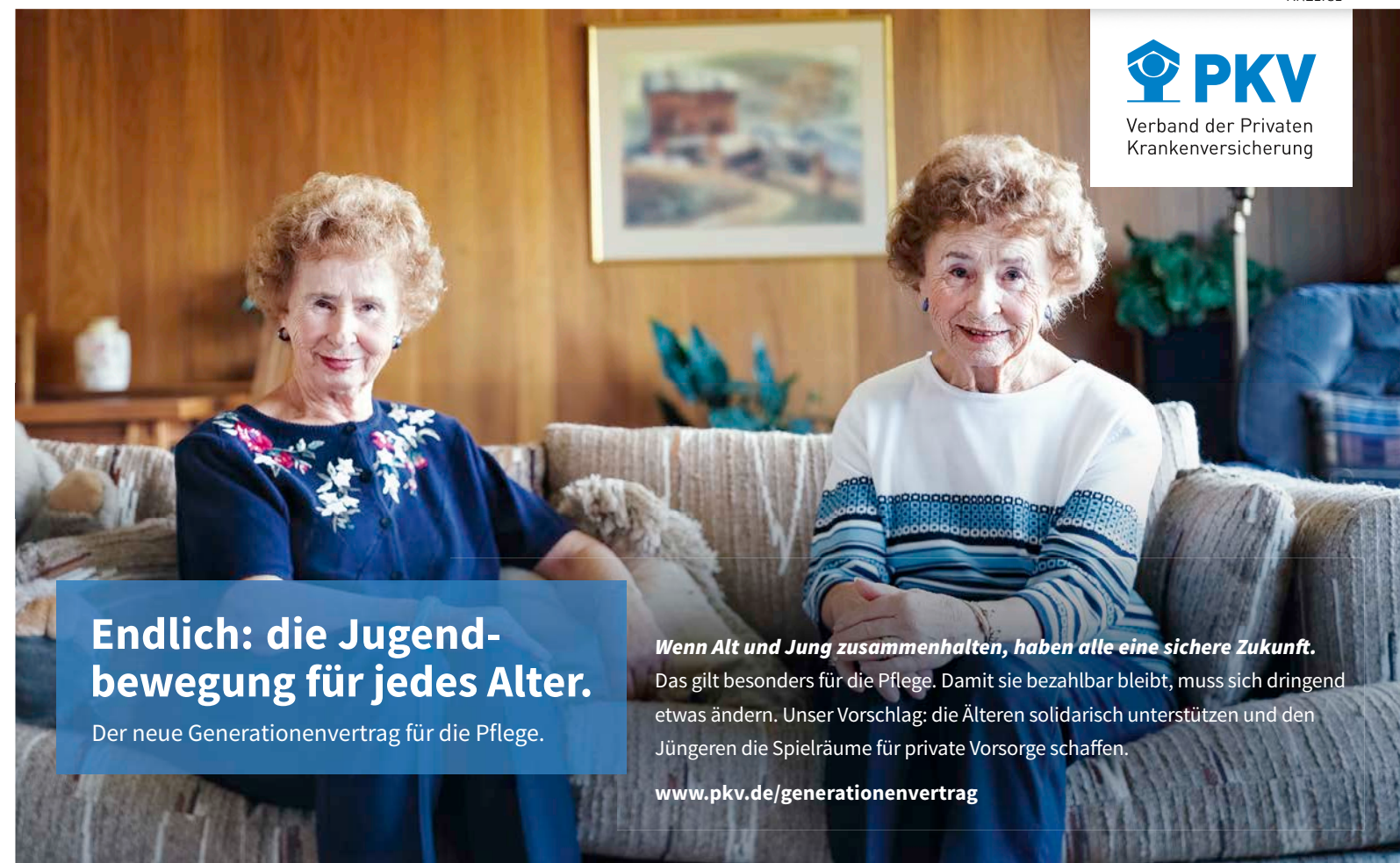
Stand: Juni 2023

**Anzeigenverwaltung:**  
Runze & Casper Werbeagentur  
Ruth Hansmann  
Linienstraße 214, 10119 Berlin  
Tel.: 030/28 01 80-145  
E-Mail: [verlagsservice@runze-casper.de](mailto:verlagsservice@runze-casper.de)

**Druck:**  
125.000 Exemplare  
Dierichs Druck, Kassel, auf  
100 % Recyclingpapier.  
Den Auflagen von Berlin,  
Nordrhein-Westfalen und  
Thüringen liegen Zeitungen  
der Landesverbände oder  
Landtagsfraktionen bei. Das  
Werbemittel der Ökowald AG  
liegt der Gesamtauflage bei.

**Jahresabonnement:**  
Vier Ausgaben: 11,90 Euro  
Bestellung schriftlich an:  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Platz vor dem Neuen Tor 1  
10115 Berlin

Die nächste Ausgabe erscheint  
voraussichtlich am 8. September

Endlich: die Jugend-  
bewegung für jedes Alter.

Der neue Generationenvertrag für die Pflege.

**Wenn Alt und Jung zusammenhalten, haben alle eine sichere Zukunft.**

Das gilt besonders für die Pflege. Damit sie bezahlbar bleibt, muss sich dringend etwas ändern. Unser Vorschlag: die Älteren solidarisch unterstützen und den Jüngeren die Spielräume für private Vorsorge schaffen.

[www.pkv.de/generationenvertrag](http://www.pkv.de/generationenvertrag)



Hier  
könnte  
dein  
**Plakat**  
hängen.



# ***Dein Plakat für die Landtagswahlen.***



Am 8. Oktober 2023 sind Landtagswahlen in Hessen und Bayern.

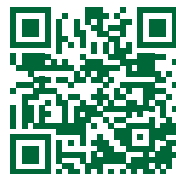
Hilf uns dabei, noch mehr Menschen zu erreichen:

Spende jetzt grüne Plakatpräsenz in deinem Wunschort in Bayern und Hessen.



**Bayern**

[gruene-bayern.123plakat.de](https://gruene-bayern.123plakat.de)



**Hessen**

[gruene-hessen.123plakat.de](https://gruene-hessen.123plakat.de)